

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Weststein, Bistabitz.

**Anzeigenpreis:** Die 4spaltige Millimeterzelle oder deren Raum 10 Goldpfennig. Kleinere Stellen und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reflektierte Beilagen: Die Millimeterzelle 4spaltig oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige

Dienstag, 24. Juni 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6 maligen Erscheinen monatlich 2,— im Abhängigkeit von Post- und Transportkosten. — Einzelhefte 10 Pf. — Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 30. — Postfachkonto Breslau Nr. 210 59 — Fernsprecher: Breslau, Ring 5537.

## Arbeitertreffen in Köln Raubertreffen in Chequers.

### Die Kölner internationale Kampfkonferenz.

(Eigener Drahtbericht)

Köln, 23. Juni.

Heute fand in Köln eine Konferenz statt, zu der Vertreter von Frankreich, Deutschland, der Tschechoslowakei und Holland, der deutschen und französischen Betriebsräte, der C. G. T. U. und der deutschen und französischen Parlamentsfraktionen erschienen waren. Die Konferenz hat in gemeinsamer Arbeit eine Plattform für gemeinsame Bekämpfung der Sachverstandigenplane. In allen Fragen wurde vollständige Übereinstimmung festgestellt. Von beiden Fraktionen wurde eine Resolution ausgearbeitet, die die Sachverstandigenplane charakterisiert und für den gemeinsamen Kampf in beiden Ländern konkrete Richtlinien gibt. Den umfangreichsten Wortlaut hat die auenordentlich bedeutsamen Resolution, die morgen veroffentlicht wird. Die Konferenz hat das Band bruderkampfer Arbeitergemeinschaft noch enger um das deutsche und französische Proletariat.

An den 5. Weltkongress und die kommunistische Partei Italiens wurden Begrussungstelegramme geschickt.

### Internationales Massenmeeting in Köln.

(Eigener Drahtbericht)

Heute fand in Köln ein internationales Massenmeeting von Tausenden von Arbeitern statt. Es sprachen die Genossen Genewenn die internationale Konterrevolution die tschechischen Truppen gegen die deutsche Arbeiterkraft vorschicken sollte. Genosse Kah geistliche die internationale Auswirkung der Raubplane, wie sie von den Sachverständigen formuliert wurden. Mit dem Gesang der Internationale und großen Beifallssturmen wurde der Genosse Marcel Cachin empfangen. Er überbrachte die Grüße der französischen Arbeiterkraft. Hand in Hand mit den deutschen Arbeitern würden sie den zehnten Brunner-Tschechoslowakei-Twan Kah-Berlin, Walter Maslowski-Essen, Marcel Cachin-Paris, Hubert-Strasbourg. Die Ausführungen des tschechischen Kommunisten, der die Lage und die konterrevolutionären Aufgaben der ententistlichen Bajallenstaaten schilderte, wurden immer wieder von brausendem Beifall unterbrochen. Er versicherte die aktive Solidarität der Arbeiter der Tschechoslowakei, die mit ihren Leibern die deutsche Revolution bedecken werden. Kampf um die Befreiung des deutschen Proletariats führen. Er warnte eindringlich vor den Sachverstandigenplane für die Arbeiterkraft. Danach sprach Hubert, der einzige Vertreter des französischen Parlaments, der deutsch spricht. Er schilderte die Leiden des blutgetrankten Elsass-Lothringens und sagte: Uns, die wir abwechselnd von den deutschen und französischen Ausbeutern ausgebeutet und niedergedruckelt werden, bleibt nur eine Hoffnung: nicht die auf Paris und Berlin, sondern auf Moskau, die Mutter der russischen Revolution.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der das europäische Proletariat zu schärften Klassenkampf aufgefordert wird. Nach kurzem Schlusswort wurde das prachtvolle Massenmeeting mit dem Gesang der Internationale geschlossen. Es wird noch lange in den Herzen und Hirnen der Arbeiter wirken.

## Die internationale Konferenz in Köln.

Sonntag trat in Köln eine Konferenz französischer und deutscher Kommunisten zusammen, um die gemeinsame Organisierung des Kampfes gegen die Durchführung der Sachverständigen-Verflaumungsplane zu beraten. Es sollte keine pompöse Konferenz sein, sie will keine Illusionen in den Arbeitermassen erwecken. Sie will ihnen keineswegs sagen, dass der Kampf gegen diese Raubplane etwas Einfaches und Leichtes ist. Er soll aber organisiert werden.

In den diplomatischen Gefilden herrscht Hochkonjunktur. Nachdem die Bourgeoisie die Vertretung ihrer Interessen sowohl in England wie in Frankreich einer „Einregierung“ übertragen hat, nachdem in Deutschland mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Marx-Regierung regeneriert ist, treten die drei Regierungen in eifrige Geheimbesprechungen und Konferenzen auf Grund ihrer gemeinsamen Plattform, der Sachverstandigenplane, an die Frage heran, den Strich für das arbeitende Volk Deutschlands zu drehen. Die erste Geige spielt dabei die internationale Sozialdemokratie. Es ist sozusagen ihr Plan, Herriot reist zu Macdonald. Die Geheimnotizen schwirren, Breitscheid, der Quasi-Außenminister der SPD, antwortet bei Herriot, um ihm noch vor seiner Abreise zu Macdonald süße Geständnisse zuzuspielen. In der französischen Kammer bedrandeten die Sozialpatrioten ihr Vertrauen zu Herriot, der das Ruhrgebiet nicht räumt, der von Deutschland außer Kohle und Holz auch noch Stahl und Eisen, sonstige Sachleistungen und Geldzahlungen fordert. Nolet und Degoutie, um den Weltfrieden besorgt, bereiten zu Händen Herriots und Macdonalds Elaborate über „Deutschlands Rüstungen“ vor, um die französischen Kriegsrustungen zu begründen und um, wenn die Waffe der Reparationsforderungen stumpf werden sollte, die der Sicherheitsgarantien zur Erlangung ihrer imperialistischen Ziele um so erfolgreicher zu schwingen.

Die Reichsregierung, nachdem sie aus Paris den dort abgefassten Text der entsprechenden Gesetzentwürfe in Empfang genommen hat, bereitet die „offentliche Meinung“ durch Pressebelagerung, Arbeiterverfolgung und Pogromhetze zur Annahme dieser Geheze vor, die vorziehen werden: weitere Beamtenentlassungen, Massenarbeitslosigkeit, Zwolfstundentag, Abschaffung der Arbeitslosenfurorge, Hungerlöhne usw.

Der Kampf des Proletariats gegen diese Pläne tritt in ein neues Stadium. Es findet die geschlossene Einheitsfront der Bourgeoisie und Sozialdemokratie gegen sich vereint. Um so zielbewuschter muß der Kampf geführt werden. Seit Beginn der Ruhrbesetzung kämpfen die deutschen und französischen Kommunisten solidarisch, verbünden sich französische Truppen mit deutschen Arbeitern, wird die Propaganda in Frankreich, in Deutschland gegen Poincarés Ruhrpolitik geführt. Die gemeinsame Saft Cachins und Hollens, die gemeinsame Aburteilung deutscher und französischer Arbeiter vor dem Mainzer Kriegengericht sind Symbole dieses Kampfes. Gute Vorarbeiten sind geleistet. Die Konferenz in Essen und Frankfurt waren die ersten Schritte.

Jetzt wird der Kampf entscheidender und schwieriger. Schwieriger auch deshalb, weil die Bourgeoisie nicht mehr durch offene Imperialisten vom Schlage Baldwins und Poincarés, sondern von den „Wassifisten“ und Quasi-Sozialisten Macdonald und Herriot vertreten ist. Welt augenblicklich nicht handgreifliche Kriegshandlungen und Gebietsbesetzungen, die große Massen alarmieren, bevorstehen, sondern die Umwandlung ganz Deutschlands in eine Reparationskolonie, die Unterwerfung der gesamten deutschen Arbeiterkraft unter die Botmasigkeit französischer Generale. Macdonald und Herriot versprechen ihren Arbeitern den Frieden und die Hebung ihres Wohlstandes und bezeichnen als Vorbedingung dieser guten Dinge die restlose Durchführung der Raubplane. Auch die SPD tut dasselbe.

In Deutschland wird es wohl wenig Arbeiter und Beamte geben, die daran noch heute glauben, und auch diese Zahl wird sich täglich verringern. Wenn heute noch viele geduldig zusehen, wie dieser Strich um ihren Hals gedreht wird, so wird es nicht mehr lange dauern, bis sie sich selbstbewusst zum Kampf begeben, oder wenn sie die Illusion hegen, das sei das „kleinere Uebel“. Die Tatsachen werden sie bald eines besseren belehren.

In Frankreich gibt es sicherlich viel größere Massen, die nach Poincarés offenen Brutalitäten tatsächlich an einen „Wassifismus“ glauben und auch viele, die von den deutschen Reparationszahlungen (sie glauben ehrlich, dass es sich um solche handelt) von der Durchführung der Sachverstandigenplane nicht nur den Frieden, sondern auch die Hebung ihres Wohlstandes erhoffen. Die Aufgabe der KP. Frankreichs ist in dieser Hinsicht schwieriger. Sie wird aber trotzdem die französische Arbeiterkraft darüber aufklären, wie die Unterdrückung des deutschen Proletariats, der Raub des Achtstundentages in Deutschland als Folge dieser Pläne unmittelbar auf die Lage der französischen Arbeiter zururkwirkt und diese Lage verschärft wird. Sie wird den französischen Massen zeigen, welche Gefahr die zur Lohnbruderbande degradierte deutsche Arbeiterkraft (denen das soll sie nach den Sachverstandigenplane werden) für die französische Arbeiterkraft bedeutet.

### Die Raubertreffen in Chequers.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Chequers die Konferenz der Premierminister Frankreichs und Englands, in der über die Fragen des Sachverstandigenabkommens ein Einverständnis erzielt werden sollte. So einzig sich beide Raubstaaten in der Ausplanderung der deutschen Arbeiterkraft sind, so gierig sind sie, jeder dem anderen den größeren Bissen von der deutschen Beute wegzuschmeien. Die deutschen Illusionspolitiker, die nie alle werden, hoffen bekanntlich, dass mit der Annahme des Sachverstandigenabkommens eitel Friede und Wohlfahrt in den deutschen Gauen einkehren, dass das Ruhrgebiet wieder deutsch werden und die Besetzung abziehen wird. Der vollkommen ergebnislose Ausgang der Konferenz in Chequers, über die sich bezeichnenderweise alle ausländischen Blätter in Schweigen hüllen, beweist, dass der „Inse“ Herriot, der von den französischen Sozialdemokraten als Friedensengel gepriesen und unterstützt wird, fest entschlossen ist, das Ruhrgebiet weiter besetzt zu halten und die französische Diktatur über Deutschland aufrechtzuerhalten.

### Französische Soldaten hissen rote Fahnen.

(Eigener Drahtbericht)

Kemscheid, den 23. Juni. Auf der Rückfahrt vom Roten Tag in Kemscheid erlebten die Teilnehmer denkwürdige Beweise bruderkampfer Solidarität von seiten der französischen

## Neue Provokationen der Zechenherren.

### Die oberschlesischen Montanherren brechen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab.

Nachdem die Gewerkschaftsführer den Kampf der oberschlesischen Kampfs mit allen Mitteln abgewürgt haben, ernennten sie die Früchte ihres Verrates. Die Zechenherren setzen kurz entschlossen den Gewerkschaftsfuhrern den Stuhl vor die Tür. Diese halten gefordert:

1. Eine Lohnerhöhung ab 1. Juni.
2. Die Frage der Wiedereinstellung (Maregelungen).
3. Zurücknahme der Anordnung, dass das Arbeitsverhältnis unterbrochen ist.
4. Regelung der Urlaubsfrage.
5. Verhandlung über die Gewährung der Mehrleistungen im oberstschlesischen Knappschaftsverein.

Freitag waren die Verhandlungen. Die Gewerkschaftler waren bereit, alles zu schlucken. Aber die Unternehmer, durch den Sieg sicher gemacht, verweigerten jede Konzession. Sie ernennten die Vize der Entlassenen „wohlwollend prüfen“ zu wollen und, wenn die Arbeitervertreter alle ihre Forderungen frischen, auf die Karenzzeit von einem Vierteljahr in der Frage der Deputatskopfe zu verzichten. Und die Gewerkschaftsführer — jubelten,

„dass bezuglich der Wiedereinstellung und der Deputatskopfe der Arbeitgeberverband bereit ist, entgegenzukommen zu zeigen.“

Mit Freude gehen diese Bourgeoisentwurfe die gemahregelten Arbeiter preis, sofern den Achtstundentag, sofern alles, nur eine kleine Lohnerhöhung verlangen sie. Doch die Zechenherren blieben hart und vertriehen das Verhandlungszimmer.

Die Gewerkschaftsführer wenden sich nunmehr an das Reichsarbeitsministerium, wahrscheinlich mit demselben Erfolg.

### Niederschönenfeld.

Die Kampfkraft macht nicht nur in der Bearbeitung der Daten von proletarischen Freiheitskampfern und faschistischen Mördern zugunsten der faschistischen Himmelschreiebratler, sondern auch der Strafvollzug ist in demselben Maße unterschiedlich. Der vor kurzem freigelassene Mörder Eisner, Graf Arco, hatte in der Gefangenschaft Landsberg zwei große, gut moblierte Zimmer zur Verfügung. Die proletarischen Gefangenen in Niederschönenfeld hingegen müssen sich in engen Gefangniszellen, die für Tugendliche bestimmt sind, jahrelang aus, zum Teil bis zu ihrem Tode aufhalten. In diesen Zellen müssen sie bis zur Dauer von zehn Wochen strenge Einzelhaft über sich ergehen lassen.

Der Mörder Eisner konnte frei und unbeaufsichtigt zu jeder Tageszeit Delude empfangen. Die Angehörigen der in Niederschönenfeld inhaftierten Genossen hingegen müssen sich eine gemeinsame körperliche Untersuchung gefallen lassen. Die Besuche vollziehen sich unter Aufsicht. Gefangniswahrig sieht der Aufsichtsbefehl hinter dem Besucher und dem Besungenen. Alle Gespräche über Politik sind verboten und was alles in Niederschönenfeld als Politik angesehen wird, zeigt folgender Vorfall:

Wenig Graf Arco bei seiner letzten Verurteilung monarchistische Propaganda getrieben und in Landsberg vielfach ernennte Mordkomplote geschwandelt hat, so wird das sicher von den Beamten der habrichen Justiz niemals als politische Antriebe bewertet werden sein. Die sogenannte „Sprengstoff“ der Gefangenen in Niederschönenfeld ist für die Inhaftierten höchstens mer als die Zuchtstrafe.

wie schließlich die politische Unterordnung der Arbeiter in Deutschland die Erwägung der deutschen Revolution auch zur Unterdrückung der Arbeiter-Frankreichs führen würde.

Statt Friedem Kriegsvorbereitungen, statt Lösung der Wirtschaftskrise, ihre Verschärfung, das sind die Folgen. Dies wissen die Kommunisten Frankreichs und werden es den Massen mitteilen.

Die Kölner Konferenz wird ein weiterer Schritt auf dem Wege sein, der dem Proletariat einzig offen bleibt: Aus der Unweglosigkeit des bürgerlichen Chaos hinaus durch den gemeinsam organisierten Kampf zur proletarischen Lösung.

### Die Presse zum Raub der Pressefreiheit.

Was tut die sozialdemokratische Partei gegen Ebert und Severing?

Die bürgerliche Presse nimmt die neue Presseverordnung Eberts ohne jedes Wort des Widerspruchs hin. Sie weiß ganz wohl, daß sich die neue Verordnung nur gegen die Kommunisten richten soll und daß sie selber nicht davon betroffen werden wird. Einzig die deutschsprachige „Kreuzzeitung“ riskiert eine Art Opposition, indem sie schreibt:

Diese Verordnung liefert die Zeitungen der Willkür in noch weiterem Maße aus als bisher. Nächstens wird eine Kritik von Gezeiten und Verordnungen überhaupt nicht mehr möglich sein. Denn wer bürgt dafür, daß in einer abfälligen Beurteilung einer Regierungsmassnahme nicht eine Aufforderung zum Ungehörigen gegeben wird?

Diese Kritik, die aus der Sorge um die Existenz rechtsnationaler Blätter entspringt, ist einigermaßen klar. Von der des „Vorwärts“ kann man das nicht behaupten. Das Zentralorgan der freiwilligen Koalitionspartei des Kabinetts von Marx findet es bedauerlich, daß die Reichsregierung es für nötig gefunden hat, diesen Weg der weiteren Einschränkung der Pressefreiheit zu gehen. Statt der glatten Forderung der sofortigen Rückgängigmachung des Verbots schwächt der „Vorwärts“ etwas von der Erörterung „gerechter Verwaltungs- und Justizpraxis.“ Offenbar wäre der „Vorwärts“ ganz zufrieden mit dem Verbot der kommunistischen Presse, wenn es begleitet würde durch ein Verbot der Rechtspresse.

Sollte die SPD wirklich eine Gegnerin der neuen Verordnung sein, so wird sie das sehr bald durch ihr tatsächliches Verhalten zu beweisen haben. Unsere Fraktion wird im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung auch des neuen Presseverbots stellen. Die SPD kann dann das Verbot mit Hilfe unserer Partei und der rechtsstehenden Parteien zu Fall bringen.

Aber der Reichstag wird genau so verfahren wie die SPD. Die lebenslange Verwahrung des „Vorwärts“ gegen Eberts Presseverordnungen läßt nicht darüber hinweg, daß ein Sozialdemokrat, Ebert als Reichspräsident, sie erlassen und ein anderer Sozialdemokrat, Severing als preussischer Innenminister, sie vor dem Erlaß nach amtlicher Mitteilung sie gebilligt haben. Zum Programm der Sozialdemokratie gehört die Pressefreiheit. Durch die von ihnen gebilligte und ausgeführte Aufhebung der Pressefreiheit haben Severing und Ebert gegen das Parteiprogramm verstoßen. Sie wirken weiter beharrlich gegen die sozialdemokratische Partei, da die Presseverordnung die Existenz auch sozialdemokratischer und Gewerkschaftsblätter gefährdet. Nach dem neuen Organisationsstatut der SPD hat der Parteivorstand das Recht zum Ausschluß derartiger, die Partei schädigender Mitglieder. Ebert und Severing sind noch Mitglieder der Sozialdemokratie und der Parteivorstand macht keine Miene, sie auszuschließen.

Nicht charakteristisch für die Einstellung der sozialdemokratischen Presse ist der Kommentar der „Volkswacht“ in Breslau.

Dieses Blatt behauptet, es sei zwar keine Freundin von Presseverboten, die Kommunisten aber müßten sich sagen, daß der Staat nicht warten könne, bis er die ersten Hiebe bekomme. Damit gibt das sozialdemokratische Blatt also offen zu, daß sich die Ausnahmeverordnungen Eberts nur gegen die Kommunisten richten.

### De jure Anerkennung Rußlands durch Dänemark.

Die Sozialregierung ist nach längeren Verhandlungen durch die dänische Regierung anerkannt worden. Gleichzeitig wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen, durch den Dänemark dieselben Rechte wie Norwegen und Schweden erhält.

### Sächsische Bergarbeiter fordern Solidarität der gesamten Arbeiterschaft.

Die Zentralkomiteeleitung von Oelsnitz-Zwickau erläßt einen Aufruf an die Gesamtarbeiterschaft, worin es heißt, daß die Front der sächsischen Bergarbeiter trotz der brutalen Gewaltmaßnahmen der Unternehmer und der Polizei unerschütterlich feststeht. Die Lösung ist: zäher Kampf bis zur Entscheidung. Es ist aber notwendig, sofort den streikenden Bergarbeitern materielle Hilfe zu bringen. Sammelgelder sind an das Postfachkonto Leipzig Nr. 98323, Paul Sauer, Oelsnitz i. G. Obere Hauptstraße 10, abzuführen.

Die Provokationen der Schupo gegenüber den Bergarbeitern werden immer frecher. Rahlös werden Verhaftungen vorgenommen, auf der Straße gehende Bergarbeiter werden ohne jeden Anlaß mit Keulenschlägen und Gummiknüppel verprügelt. Selbst Frauen, welche zur Arbeit gehen, werden angerempelt und bedroht. Die Schupo, die von den Unternehmern angelockt wird, kann auf diese traurigen Selbsterlöblichkeitsstreifen der Arbeiter wahllos stolz sein.

Am Mittwoch fanden erneut im sächsischen Arbeitsministerium Verhandlungen statt. Die Arbeiter verlangten die Anerkennung des Schiedsspruchs und setzen die Urlaubszeit als durch den Streik verbracht an. Sie erklärten sich gemäß dem Schiedsspruch bereit, die Hälfte des Urlaubsgeldes auszusahlen. Die Arbeitervertreter verlangten die volle Bezahlung der Urlaubszeit. Es kam demzufolge zu keiner Einigung. Das Reichsarbeitsministerium will auf Verlangen der Unternehmer der Schiedsspruch für verbindlich erklären.

### Wofür die Erwerbslosengelder verwandt werden.

Ein geheimes industrielles Rundschreiben. Berlin, 21. Juni.

Die Berliner „Rote Fahne“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie folgenden Wortlautes an die Mitglieder: Arbeitgeberverband der chemischen Industrie. Sektion Ia, Berlin W10, Sigismundstr. 6. R-Nr. 122/24. St. No.

Berlin, 12. 6. 1924.

An unsere Mitglieder!

Hauptstichwort: R. V. Allgemeines! Unterstichwort: 9. Darlehen an Berliner Industriebetriebe.

Durch die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände Groß-Berlins erhalten wir die Mitteilung, daß das Landesarbeitsamt Berlin aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosenfürsorge eine Reserve geschaffen hat von ca. 3 700 000 Rentenmark

und diese Summe bei der Girokasse I der Stadt Berlin fest angelegt hat unter der Bedingung, daß dieses Geld an Berliner Industriebetriebe auszuliehen wird. Die Girozentrale der Stadt Berlin hat sich hiermit einverstanden erklärt und mitgeteilt, daß das Geld zu Teilbeiträgen zu einem Zinssatz von zwei Prozent pro Monat an Berliner Industriebetriebe als Darlehen abgegeben werden kann. Es handelt sich dabei allerdings nur um kurzfristige Darlehen.

Wir bitten unsere Mitglieder, sofern sie Interesse an einem solchen Darlehen haben, sich an die Girokasse I der Stadt Berlin zu wenden, wo auch die näheren Bedingungen für die Vergebung der Darlehen zu erfahren sind.

Die Geschäftsstelle: Seidfried.

Während die Notlage der Erwerbslosen sich von Tag zu Tag steigert, große Teile der Erwerbslosen bereits der völligen Verelendung preisgegeben sind und von den Regierungsstellen immer wieder festgesetzt wird, daß kein Geld für Unterhaltungszwecke vorhanden sei, werden wie es das Rundschreiben der Industriellen schreibt, Kredite an die Industrie aus den Beiträgen zur Erwerbslosenunterstützung gewährt. Den Arbeitern werden von ihren Löhnen Abzüge für Erwerbslosenunterstützung gemacht. Statt die den notleidenden Erwerbslosen auszuzahlen, werden sie verwandt, um ihre Ausbeuter zu unterstützen.

Das zeigt klar den Kampf, den das gesamte Proletaria, um die Erwerbslosen führen muß. Erwerbslos! Fordere höhere Unterhaltungen! Geht euch nicht zufrieden mit den Hungerlöhnen! Eure Gelder werden von den staatlichen Behörden jenen gegeben, die euch auf die Straße gesetzt haben und feken. Kämpft für die Verwaltung der Erwerbslosenunterstützung durch eure eigenen Organe, durch eure Erwerbslosenkasse.

Arbeiter! Eure Ausbeutung wird gesteigert, eure Löhne werden gekürzt, angeblich als Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge. Aber ihr seht, daß diese Beträge gar nicht für die Erwerbslosen verwandt werden. Ihr seht, daß diese Beträge dazu dienen, euren Ausbeutern zur Verfügung gestellt zu werden. Arbeiter! Kämpft gegen diese Krümmung eurer Löhne! Erstämmt die Abschaffung der Abzüge, die angeblich für die Erwerbslosenfürsorge gelten sollen.

### Die russische kommunistische Partei.

Die deutschen Sozialdemokraten, die selber im Glashaus sitzen und eben erst einen Parteitag beendet haben, der alles eben als ein Rufschrei für sie war, wollen wieder einmal von sich ablenken und verweisen auf die „schrecklichen“ Zustände in Rußland und in unserer russischen Bruderpartei. Die „Volkswacht“ erzählt, daß auf dem 13. Parteitag der RKP die Mitgliederzahl mit 472 000 angegeben wurde. Sie unterschlägt das Leninische Aufgebot — so werden die 200 000 Neuaufnahmen genannt, die nach dem Tode Lenins gemacht wurden. Daß in der gleichen Zeit in der die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag einen ständigen Mitgliederzuwachs gab, unsere russische Bruderpartei 200 000 Neuaufnahmen macht, beweist besser als alle Parteitagsberichte den Klassenunterschied zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der russischen kommunistischen Partei und ihre tiefe Verwurzelung im werktätigen Volk.

Die „Volkswacht“ weist häßlich darauf hin, daß nach den Angaben des russischen Parteitag nur 45,75 Prozent der Mitglieder Arbeiter sind. (Sie unterschlägt wieder die Zahlen des Leninischen Aufgebotes, die das Resultat zugunsten der Arbeiter verändern.) Die „Volkswacht“ verschweigt wohlweislich, daß in Deutschland 80 Prozent der Bevölkerung Proletariat und Halbproletariat sind, in Rußland hingegen nur 15 bis 20. Dieselbe Partei, deren Führer sich vollkommen von der Arbeiterschaft losgelöst haben, die heute bürgerlicher sind als bürgerliche Minister, die Doktoren und Professoren in der Leitung stets dem Arbeiter vorzieht, wagt es, der RKP mangelnden Arbeitercharakter vorzuwerfen.

Bei dem Bericht über die Wirtschaftslage Rußlands unterschlägt sie, daß die Lage sich in einem Jahr um 25 bis 50 Prozent gebessert hat, während sie in Deutschland sich ständig verschlechtert. Die „Volkswacht“ berichtet mit tomischem Entsetzen, daß 64 Prozent des russischen Handels in privater Hand sind. Nun, liebe „Volkswacht“, in Deutschland sind es 100 Prozent. Und wie ist es, nicht mit dem Handel, sondern mit der Produktion, den Finanzen, dem Außenhandel, in Rußland? Warum hier so schweigend? Darum, weil dort 90 Prozent in der Hand der Arbeiter sind und hier 0,00 Prozent!

### Sozialdemokraten gegen die ausgesperrten Bergarbeiter.

Dresden, 21. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Landtages brachten die Kommunisten den Antrag ein, daß im sächsischen Bergbau die 7 Stundenfrist unterbunden und die 8stündige Arbeitsfrist über Tage festgelegt wird. Die ausgesperrten Bergarbeiter sollen 1 Million Goldmark zur Vinderung ihrer schärfsten Not zur Verfügung gestellt bekommen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident wandte sich mit aller Schärfe gegen den kommunistischen Antrag und verteidigte die Unternehmerinteressen. In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen abgelehnt.

### Die Internationale!

Ersuchen ist Heft 12 der Zeitschrift „Die Internationale“ erschienen. Inhalt: Ruth Fischer, Zum 5. Weltkongreß; A. S. Perspektiven der Weltrevolution; S. Fröhlich, die Arbeiterregierung und die Lehre vom Staat; Georgi, Um eine revolutionäre Agrarpolitik; Ermer, Völkische Politik; 3. Leder, Lenin und die nationale Frage. Neben Bücherbesprechungen enthält „Die Internationale“ die ständige Beilage „Der Parteiarbeiter“. Die Internationale kann außer durch die Parteibuchhandlungen, jetzt auch durch die Post bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1,50 Mk. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

# GOLGATHA.

Von Pawel Dorochow. (In Buchform in Wien im Verlage f. Stenka u. Polz.)

Molodsch springt auf. „Recht hat du! Gut gesagt!“ Auch Jakob Oshin erhebt sich, sein Stuhl ist ihm über den Kopf geschlagen. „Eh, du, also ... auch wir ... kurz und gut — ein Kampf!“

Dimitri lächelt. „Ich danke, Genossen, für das Vertrauen.“

Genosse, ich stelle einen Antrag. Da Genosse Kischkow aus der Partei ist und sich in diesen Dingen gut auskennt, — erweist er uns ja unsern Stabschef.“

Am Abend geht Dimitri zum Waldmann.

Die Meute ist gelassen. Es wird sie jemand geworden haben.“

„Ja es sind viele Leute an uns vorbeigegangen, sie werden es ihnen wohl hinterbracht haben.“

Der kleine Jock lehnt sich in Bewegung. Dimitri und der Wachmeister sitzen voran.

Im Stabsgebäude wurde das Joch sofort bemerkt. Man warchte es, öffnete den Joch.

Holla, Bruder, du bist ja Schnaps! Und wie der duftet!“

„Die haben sich ja richtig an dem Stabschef gemacht, daß sie sich einmal ihren Selbstgeheimnisse ausgetauscht haben!“

Der Wachmeister zuckt, eine strenge, übergeordnete Miene an.

„Recht der Schnaps nicht an, wir sind im Kriegszustand!“

Dimitri klopft dem Wachmeister auf die Schulter, lacht. „Wir trinken doch und allen nach der langen Fahrt gut tun. Die Bande hat sich ja fortgemacht. Wir brauchen niemand zu fürchten.“

„Er sollte sich aber das Jochchen, fülle seinen Strog, reichte ganz anders dem Wachmeister.“

„Ja, Alter, haben wir an!“

„Es kichert dem Wachmeister, mit dem einflussreichen Herrn aus der Stadt zu trinken.“

„Ja ja, ein guter Tropfen kann nie schaden.“

„Er trank, schloß sich die Lippen mit dem Kermel. Bart einen strengen Blick auf die Soldaten.“

„Ja, Junge, ein Balken darf jeder malen.“

„Der Stabschef dankt ihnen aus dem Stab laut vernehmliche Stets.“

Als sie am Morgen in den Hof traten, brachten sie ersticht zurück Schlingen die Tür zu und verriegelten sie. Ein Hinterhalt! Der ganze Hof war mit Bajonetten. Man stürzte zu den Fenstern. Die stehende Gewehrhandlungen richteten sich auch gegen die Fenster.

Der Wachmeister rief sich die Augen.

„Wo ist denn der Mann aus dem Geheimdienst?“

„Der Mann ist nicht da. Er ist nachts hinausgegangen und nicht wiedergekommen.“

„Wahrscheinlich haben ihn die Bauern gelangen genommen.“

Man klopfte an die Tür.

„Was wollt ihr?“

„Recht an, wir wollen mit euch verhandeln.“

„Gibt es gar nicht ein, da Kart!“

„Ich sage es euch in vollem Ernst: der Stab hat mich beauftragt, mit euch zu verhandeln.“

Man beriet sich.

„Nun gut, lasst sie hier herein.“

Jakob Oshin hand auf der Schmelze.

„Ber ist nun auch der Letzte?“

„Ich bin's, der Wachmeister.“

„Sagst du es? Der Stab will jedes Minutengestrich vermeiden, und er kichert euch daher auf, euch zu ergeben. Bistert eure Waffen ab, euch selbst lassen wir stehen.“

Der Wachmeister blähte die Brust auf, rauselte streng die Brauze.

„Ber ist da? Ich werde dich für diese Worte an die Wand stellen.“

Jakob Oshin schamgelte in seinen Bart hinein.

„Ich bin der Stab, und was das An-Der-Wand-Stellen betrifft, — so werde ich dir etwas sagen können und her.“

Er führte den Wachmeister zum Fenster. Kloppte ihn gütig auf die Schulter.

„Gibst du das Joch, Partise? Wenn ihr auch machen nur uns nicht schadet, so werdet ihr doch nicht mit allen fertig werden. Und dann wird es euch leicht gehen! Wenn es uns nicht gelingt, euch gefangen zu nehmen, dann brauchen wir euch nicht dem Joch zu geben.“

Der Wachmeister blähte durchs Fenster. Von der anderen Seite der Straße harrte er auf allen Fenstern Gewehrhandlungen. Im Stabsgebäude selbst dröhten sich verzweifelte Bauern an die Wände. Ja, wenn man sich kühnen konnte, — aber es geht nicht. Der erste Stoch, der sich aus dem Fenster vordrängte, hat sein Leben verlohren.“

„Ich selber dich nicht heraus, du Stabschef, du bist ein Schwein.“

„Ja ja, ich hab keine Zeit. In Stab dich nur auch ohne.“

Jakob Oshin trat vom Fenster zurück, setzte sich auf eine Bank. Er nahm seinen Zigarettenbeutel hervor, drehte sich gemächlich eine Zigarette und setzte sie in Brand.

Die Milizsoldaten begannen über ihre Lage zu beraten. „Hier kommt man nicht raus. Sie werden einen nach dem anderen niederknallen, wir sind hier wie in einer Mausfalle.“

Der Wachmeister trat zu Oshin.

„Nun gut, unsere Waffen werden wir abliefern. Aber wird man uns dann in Frieden ziehen lassen?“

„Meine Bolschewiken sind begrenzt, ich muß es dem Stab melden. Bistert vorerst eure Waffen ab, über euch selbst werden wir nachher verhandeln.“

Gegen Mittag lieferten die Milizsoldaten ihre Waffen ab. Die Soldaten sperre man in eine Scheune.

„Was soll mit dem Popen geschehen?“

„Alle ziehen einstimmig.“

„Erschießen!“

Dimitri schüttelte bedächtig den Kopf.

„Nein, Genossen, so dürfen wir das nicht machen. Er ist immerhin ein Geistlicher, und unter euch sind viele Bauern, die den Geistlichen auch jetzt noch Achtung entgegenbringen. Das würde sie kränken. Wir haben es aber jetzt sehr nötig, daß alle Bauern auf unserer Seite mitkämpfen!“

„Recht hat er!“

Der Stab sahte den Beschluß.

„Der Pope Ivan wird für die Demagogen aus dem Dorf Gidolwa mit samt seiner Familie ausgewiesen, sein Eigentum wird zum Nutzen der revolutionären Armee konfisziert. Der Stabone Befehl wird, da er zu dem Popen Ivan hält, denselben auszuweisen und sein Eigentum beschlagnahmt.“

Peter Molodsch trat mit dem Beschluß zu dem Popen Ivan, ein dichter Bauernhaus folgte ihm.

Der Pope hörte den Beschluß an und erbleichte.

„Gott verflucht, dreimal verflucht!“

Die Bauern lachten.

„Brüll nicht so, Onkelchen, das ganze Dorf hat sich erhoben, und wir sind jetzt die revolutionäre Armee. — Du bist ein böses Schwein!“

Die jungen Burken griffen.

„Schwerer war die Hand der Väter ab.“

„Das wurde den Popen Ivanus, setzte ihn mitten auf den Hof und klopft ihm das lange, schuppige Haar ab.“

Der Pope erbleichte vor Wut.

„Ich verfluche euch, ihr Schweinegäbner!“

„Er klopft uns nicht mehr fluchen, da bist jetzt ein Schweinegäbner!“

Anruf!

Am 5. Juni hat die Centrale der SPD. aufgefordert zur Einfindung von Kriegserlebnissen im Felde, und in der Etappe von Photographien aus den Schlachträngen, von der Not und dem Hunger zu Hause. Dieser Aufruf hatte einen sehr guten Erfolg, der es heute schon ermöglicht, das Material in großartiger Propaganda gegen den imperialistischen Krieg, gegen den internationalen Kapitalismus auszuwerten.

Alle nationalistischen Organisationen und das gesamte Bürgertum werden am 4. August große Kundgebungen für den imperialistischen Krieg veranstalten.

Die passivistischen Sozialisten und Sozialverräter, die 1914 mit fliegenden Fahnen in das Lager der imperialistischen Generale übergegangen sind, wollen den 4. August benutzen, um mit ihren Phrasen von Völkerverbrüdern und Pazifismus das Proletariat einzuschläfern, um es von der rücksichtslosen Führung des Klassenkampfes, von der entschlossenen Vorbereitung des Bürgerkrieges abzuhalten.

Demgegenüber ist es Aufgabe der SPD., den 1. August als zehnjährigen Gedenktag des Verrats der sozialdemokratischen Partei

als den Tag des Zusammenbruchs der zweiten Internationale zu brandmarken und zu würdigen Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und gegen seine passivistischen Helfershelfer auszurufen. Als geistige Vorbereitung dazu wollen wir das Erlebnis des imperialistischen Krieges, freilich so, wie ihn der Proletariat und nicht der Offizier und das Etappenkommando erlebte, dem Arbeiter wieder vor Augen stellen.

Wir fordern heute nochmals alle Parteigenossen und Sympathisierenden auf, ihre Erlebnisse während des Krieges von 1914 bis 1918 und während des Bürgerkrieges von 1918 bis 1924 aufzuschreiben und an die nachstehende Adresse einzusenden. Besonders dringlich fordern wir ausländische, in Deutschland weilende Genossen auf, uns ihre Kriegserlebnisse in ihren Ländern zur Verfügung zu stellen. Von Interesse sind auch Erlebnisse in Kriegsgefangenenlagern, Lazaretten, Proviantmagazinen, Stäben usw. Wir machen unsere freiwilligen Mitarbeiter aufmerksam auf die Typen des Stabsarztes, des Kompaniefeldwebels, der Feldgeistlichen aller Konfessionen und dergleichen mehr.

Besonders benötigt werden Photographien sowohl aus dem Krieges als aus der Zeit des Bürgerkrieges. Aufnahmen von Margarinetropfen, Hungerdemonstrationen, vom Schlemmerleben der Offiziere und der herrschenden Klasse überhaupt usw. Die uns überlassenen Photographien erhält der Eigentümer unbeschädigt zurück. Letzter Einlieferungstermin: 5. Juli.

Den Einsendern von brauchbarem Material wird nach Herausgabe der Prospektur ein Freixemplar übersandt. Alle Zuschriften an:

Hugo Eberlein, M. d. L., Berlin C 54, Rosenhaldenstraße 38.

Massenprotest der Jenaer Arbeiter gegen die Polizeidiktatur.

In Jena fand eine überfüllte Protestversammlung gegen das reaktionäre Vorgehen der Jenaer Polizei gegen die revolutionäre Arbeiterschaft statt. Der sozialdemokratisch-faschistische Polizeidirektor Gährich, der der treibende Keil des reaktionären Vorgehens ist, war durch einen offenen Brief eingeladen, hatte es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen. Reichstagsabgeordneter Schwarz zeigte in seinem Referat das immer stärkere Anwachsen der faschistischen Reaktion und gelobte die freiwillige und unwillkürliche Unterstützung der Faschisten durch die Sozialdemokraten. Selbst sozialdemokratische Arbeiter erklärten in der Diskussion, daß diese Politik für die Arbeiterschaft zum Verderben gereicht. Nach der Versammlung kam es zu einer

Imposanten Demonstration

durch die Straßen der Stadt. Die Polizei wagte nicht, dagegen einzuschreiten, rückte aber verspätet mit einem Massenaufgebot an. Das Gebäude der Jenaer „Neuen Zeitung“ wurde nach der Demonstration von Kriminalbeamten durchsucht. Polizei auf Lastautos durchfuhr bis in die späten Abendstunden die Stadt.

Die Protestkundgebung der Arbeiterschaft war die größte, die Jena seit langer Zeit gesehen hat.

Der große Wehlarer Landfriedensbruch

Zweieinhalb Wochen lang standen 134 Arbeiter in Wehlar vor den Schranken des Gerichts. Es war ein Landfriedensbruchprozess in einem Ausmaß, wie er wohl selten stattgefunden hatte. Schreckensurteile wurden gefällt, die sich würdig in die Reihe der Justizskandale einreihen lassen, der Staatsanwalt beantragte nicht weniger als 13 1/2 Jahre Zuchthaus und 55 1/2 Jahre Gefängnis.

Im Herbst des vorigen Jahres, in jener katastrophalen Inflationszeit, welche das deutsche Proletariat dem Hunger-tode überlieferte und die Kassenstränge der Schwerindustrie gewaltig bereicherte, entstanden in vielen Städten ganz elementare Hungerdemonstrationen. Zum Teil führten diese Demonstrationen zu Plünderungen.

So auch in Wehlar. Die Not der Bevölkerung war so riesengroß geworden, daß sich täglich ganz unzulässig große Menschenmassen in den Straßen der Stadt aufammelten. Bei einer solchen Massenansammlung kam es zu Plünderungen. Polizei schritt ein. Zusammenstöße waren die Folge und der berühmte erste Schlag fiel. Viele Arbeiter, darunter der Genosse Golwitzer wurden schwer durch Säbelhiebe und Revolverkugeln verwundet. Wahlos fanden Verhaftungen statt. Die verwundeten Verhafteten waren wochenlang im Gefängnis ohne jede ärztliche Hilfe.

Ein typischer Fall Emmingerischer Maschinengewerkschaft, war dieser Prozeß. Genau so willkürlich wie die Verhaftungen wurden die Anklagen wegen Landfriedensbruchs erhoben. Eine Voruntersuchung gegen die Angeklagten war überhaupt nicht geführt worden. Das Aktenmaterial des Staatsanwalts bestand lediglich aus Angaben und Beschuldigungen der Polizei. Wiederholt kam es während der Verhandlungen zwischen den Verteidigern und dem Gerichtsvorsitzenden zu Zusammenstößen. Schließlich drohte der Vorsitzende des Gerichts dem Rechtsanwalt Dr. Sortmann an ihr zwangsweise abführen zu lassen.

Ein besonderes Schlaglicht auf den Geist des Gerichts war es, daß der Staatsanwalt mit dem Gerichtsvorsitzenden während der ganzen Dauer des Prozesses mittags und abends gemeinsam speiste. Von vornherein muß zwischen den beiden die ein Herz und eine Seele waren, völliges Einverständnis über das zu fallende Urteil geherrscht haben. Das Gericht entschied sich auch mit ganz geringen Abweichungen bei der Verurteilung der Angeklagten ganz im Sinne des Straftrafes.

Insgesamt wurden 9 Jahre 7 Monate Zuchthaus und 502 Monate zwei Wochen Gefängnis verhängt. Außerdem wurde eine Geldstrafe im Gesamtbetrag von 2035 Goldmark ausgeschrieben. Von den Angeklagten sind 18 Mitglieder der kommunistischen Partei, die übrigen sind parteilos, zum Teil Angehörige der SPD.

Daß man mit diesem Urteil die SPD. am Orte treffen wollte, beweist ganz deutlich das Schreckensurteil gegen den Genossen Golwitzer. G., der sich tapfer bei der Verhandlung benommen hatte, und dem auch nicht im geringsten die Führerschaft nachgewiesen werden konnte, wurde zu der ungeheuren Strafe von 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem erhielt seine Ehefrau, die Genossin Golwitzer, eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten.

Her mit der Amnestie!

Bei der Beratung des Justizrats im Hauptausschuß des Preussischen Landtages haben unsere Vertreter folgenden Antrag

gestellt. Das Staatsministerium ist zu ersuchen, sofort einen Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung von Straffreiheit, soweit das Begnadigungsrecht dem Freistaat Preußen zusteht, nach folgenden Grundzügen vorzulegen:

- 1. Allen Personen, die aus politischen Motiven im wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterklasse als Täter oder Teilnehmer gegen die Strafgesetze verstoßen haben, ist Straffreiheit zu gewähren.
2. Desgleichen ist Straffreiheit zu gewähren den Personen, die zum Zwecke der Bekämpfung des Wuchers und des Schleihhandels sich an der Bildung von Arbeiterausschüssen zur Kontrolle der Produktion und des Verkaufs von Nahrungsmitteln, Kleidung, Heizung und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs beteiligt haben und im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit gegen die Strafgesetze verstoßen haben.
3. Desgleichen ist Straffreiheit zu gewähren den Personen, die aus Anlaß der Ruhrbekämpfung und ihrer sozialen Auswirkungen durch Teilnahme an wirtschaftlichen und politischen Bewegungen der Arbeiterschaft gegen die Strafgesetze verstoßen haben.
4. Desgleichen ist Straffreiheit zu gewähren den Personen, die als Erwerbstlose, angewiesen auf die unzureichenden staatlichen und kommunalen Unterstützungen oder nach deren Fortfall in strafbaren Handlungen veranlaßt worden sind, die auf die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage abzielen, sofern in ihrer Handlungsweise nicht eine Rohheit der Geminnung oder eine gewinnstüchtige Absicht hervorgetreten ist.

Schwebende Verfahren sind niederzuschlagen, verhängte Strafen, rückständige Geldbußen und Kosten sind zu erlassen, bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, sind im Strafregister zu löschen.

Auch dieser Antrag ist im Hauptausschuß abgelehnt worden, wird aber im Plenum des Landtages noch einmal eingebracht werden.

11344 Anklagen

wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai 24 gegen revolutionäre Arbeiter erhoben. Viele Angeklagte sind noch ohne Rechtschutz und Unterstützung. Helft unseren Klassengenossen! Sammelt und opfert für die Rote Hilfe!

Henry Ford.

Alles das, was von deutschen soziologischen Gelehrten als wünschbares Ziel hingestellt wird: die „Vergemeinschaft“, das Einwerden von Arbeiter und Arbeit, völliges Aufgehen der Seele des Arbeiters im Produzieren — alles das ist bei Henry Ford in hohem Grade bereits erreicht. Das Entscheidende dabei ist, daß diese „Seelenproduktion“ nicht das Experiment eines Phantasten, sondern die Tat eines Geschäftsmannes ist, der unternimmt, was sich rentiert. Was sich aber rentiert, das liegt innerhalb der kapitalistischen Welt so lange, bis es auf etwas führt, was sich noch besser rentiert.

In vielen Worten erklärt Henry Ford, daß die Arbeiter nicht Untergebene des Arbeitgebers, sondern „Partner“ des Unternehmers sind. Diese Auffassung wird kurz darauf durch einige andere Worte näher definiert: „Wir erwarten von den Leuten, daß sie tun, was ihnen gesagt wird. Unsere Organisation ist so bis ins einzelne durchgeführt, daß es völlig ausgeschlossen ist, den Leuten auch nur vorübergehend ihren Willen zu lassen. Die Leute sind dazu da, um gegen einen möglichst hohen Lohn eine möglichst große Menge Arbeit zu schaffen. Wenn unsere Art zu arbeiten nicht paßt, muß gehen.“ Die Demokratie in den Fordbetrieben beruht also darauf, daß sich der Arbeiter reiflos einfügert hat mit allem, was ihm gehört, mit Leib und Seele.

Der Papst des Kapitalismus hat sich so nicht nur 100 000 Arbeiter — das ist die Zahl seiner Arbeiter —, sondern Tausende und Hunderttausende von Seelen gefaßt. Und jeder Arbeiter, dessen Seele er gewonnen hat, ist ebenso der Priester seiner Religion, wie all die Kunden, die sich freuen, bei ihm so billig ein Auto kaufen zu können. Auch in Deutschland hat dieser Papst Missionare aller Schattierungen, ihre Funktion ist, die Welt zum heiligen Glauben an die Zukunft des Kapitalismus zu bekehren. Und da, wo dieser Glaube Wurzel gefaßt hat, beherrscht er die Menschen intensiver als die zehn Gebote von Moses. Er beherrscht sie mit all dem bis ins einzelne des Lebens und des Denkens gehenden Raffinement, das die katholische Kirche so wunderbar verstanden hat.

Ist das Freiheit oder Sklaverei? Ueberbietet dieser moderne Seelenknecht nicht alles, was an Sklaverei zu erlangen gewisser ist? Davon steht freilich in der Bibel der höhere Gewissensspruch, die wirtschaftsrechtlich eingestrichelt und vor das heilige Recht der Arbeiter setz dem Boden der

lichen Verhältnisse bedacht sind, nichts geschrieben. Wer sich darauf beschränkt, innerhalb des kapitalistischen Systems Vorteile erspähern zu wollen, wer den Kampf für die Zukunft der Arbeiterklasse nicht auch auf breiterer politischer Grundlage führt, der hat die Konsequenzen zu ziehen, wie Henry Ford sie vorzeichnet: Entweder ich bekämpfe, wenn ich Sklave bin, das System der Sklaverei überhaupt — oder ich begnüge mich damit, daß ich von meinem Herrn etwas besser behandelt und etwas besser bezahlt werde. Aber dann bleibe ich auf jeden Fall Sklave, und der einzige Inhalt, für den ich arbeite, beschränkt sich auf die Verbesserung der Rentabilität des Betriebes, in dem ich diene, auf die Vergrößerung des Verdienstes meines Herrn. Denn mag die Erlangung dieses Verdienstes auch mit anderen Mitteln vor sich gehen als bisher üblich — der Verdienst bleibt doch eben in der Hand des beherrschenden Kapitalisten, er wird von ihm nach seinen Interessen verwertet. Und je mehr in diesem Betrieb produziert wird, je besser diese Produktion sich rentiert, um so stümmer für die Konkurrenten meines Herrn, um so schlimmer für deren Arbeiter, die werden arbeitslos auf die Straße fliegen. All die Umstände, unter denen die kapitalistische Produktion auch sonst vor sich geht, Krisen, Konkurrenzläufe, kriegerische Konflikte, ändern sich ihrer Form und parallel damit ihrem Umfang nach durch das Fordsche System, aber sie bleiben bestehen. Die breite Masse bleibt Objekt des Profitstrebens eines einzelnen Kapitalisten, unfrei und verführt. Ob die Sklaven in Skorpionen geweiht und mit Insekten geschlagen werden oder ob sie in eigenen Autos durch die Straßen fahren und zu Hause einen Radiosapparat haben, ist sicher ein erheblicher Formunterschied — aber doch nicht mehr als eben ein Unterschied der Form. Dieser Formunterschied hat nichts mit der Emanzipation der ausgebeuteten, unterdrückten Masse zu tun, er ist nicht mehr als ein Gradmesser für den Stand der kapitalistischen Entwicklung. Er ist die Folge einer ununterbrochenen Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise.

Soll diese „höhere Form“ von der Arbeiterklasse erstritten oder verhandelt werden? Die Arbeiterklasse kann sie nicht erstreben, denn sie ist kein Weg aus der Sklaverei in die Freiheit. Die Arbeiterklasse kann sie nicht verhandeln durch Verhandlungen oder durch Verhandeln auf allen Ebenen, denn es ist klar, das Rad der Geschichte wird nicht zu wollen. Das System Henry Fords mag bezweckungslos sein, es ist die Basis auf der das Proletariat seinen Kampf gegen

das gesamte kapitalistische System zu führen hat, niemand kann den Kapitalismus mit Argumenten bekämpfen, deren Inhalt seit einigen Jahrzehnten überholt ist.

Wir fassen zusammen: Nicht die Autofabrik, sondern die Seelenfabrik von Detroit ist der charakteristische Ausdruck dessen, was Henry Ford in der kapitalistischen Entwicklung bedeutet. Nicht Henry Ford als Autodiktator, sondern ihm als „einziger wahren Arbeiterführer“ gilt der Kampf des Proletariats.

Sollen die Arbeiter Henry Ford bekämpfen?

Haben wir die Schöpfung des Fordbetriebes und seine Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung nicht übertrieben? Werden uns nicht die Fordarbeiter, die irgendwo in seinem Betrieb eines Tages plötzlich entlassen wurden, fragen, daß auch im Fordbetrieb nicht alles Gold ist, was glänzt? Gibt es nicht Tausende von Leuten, die höchst unzufrieden mit ihren Fordautos sind? Werden nicht auch im Fordbetrieb schließlich einmal Arbeiter zu Kommunisten? Sind nicht das Friedensschiff und der Antikommunismus Kennzeichen einer in Willkür verfallenden Einstellung und eines vollen Mangels an realpolitischen Sinn. Und ist nicht das Buch Henry Fords voll von Abnungslösungen in wirtschaftlichen Fragen? Hat er nicht die Rolle des Finanzkapitals in einem wirtschaftlichen Staat vollkommen verkannt?

Aber wir müssen feststellen: trotz der unerhörten Gehe, die jahrelang in der amerikanischen Presse gegen die Fordautos geführt wurde und nach der die wichtigsten Bestandteile der Fordautomobile, Draht und Bindfaden bildeten, hat der Abfall gerade von Fordautos immer mehr zugenommen. Aber auch die Propaganda mit dem Friedensschiff in ihrem speziellen Fall erfolglos. So sind auch diese Kosten ganz reichlich investiert. Ford kann sich heute noch als Pazifist rühmen, er wird weiterhin nach gegen den Krieg wettern. — und was wird es dem für einen Eindruck auf einen soeben Teil der amerikanischen Bevölkerung machen, wenn solche Männer wie Henry Ford „gewonnen“ sein werden selber Krieg zu machen? Dem nach Fords werden Kräfte führen. Sie werden, wenn sie erst einmal die amerikanische Wirtschaft jenseits der Grenzen haben, werden die Expansion des amerikanischen Kapitals in noch viel größerem Maße als heute — nach allen Weltteilen vorantreiben. Die Interessen des amerikanischen Finanzkapitals an allen Systemen verdrängen wollen.

# Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler  
Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17

## 10 Tagungen der Genossenschaftsbürokratie.

Während im Mai finden im Zentralverband deutscher Konsumvereine für jeden der zehn Reichsverbände Unter-Verbandstage statt. Hier kommen die Delegierten der örtlichen Konsumvereinsverwaltungen alljährlich zusammen, und die Bürokratie macht sich Jahren alle Anstrengungen, um zu verhindern, daß zu diesen Tagungen Genossenschaftsmitglieder einfinden werden. In keiner General- oder Mitgliederversammlung wird zu den Tagesordnungspunkten Stellung genommen, außer in den von den Kommunisten beherrschten Vereinen. Die Tagungen der Genossenschaftsbürokratie sind vielmehr bloße Paraden, wo alljährlich dieselben Berichte heruntergelesen werden und irgendwelche ernste Arbeit nicht geleistet wird.

Erst in den letzten Jahren hat die kommunistische Opposition das Bild dieser Tagungen auf einem anderen gemacht. Seitdem zwingen die Kommunisten überall die Bürokratie, zu den wichtigsten Problemen Stellung zu nehmen, zerstören die „Harmonie“ der Tagungen und nehmen ihnen ihre „Bergnügungen“. So war es auch dieses Jahr.

Daß unter diesen Verhältnissen die organisatorische Basis der kommunistischen Opposition auf den Tagungen noch schwach ist, ist selbstverständlich. Denn in der Regel erheben kommunistische Delegierte erst überall da, wo es geht, an die Stelle reformistischer kommunistischer Vertretungen zu setzen. Daß diese Tagungen aber kein Ereignis von den in den Konsumvereinen organisierten Mitgliedergruppen geben, ist klar.

Die Arbeit der Tagungen und die Verhandlung kommunistischer Anträge.

Im Mittelpunkt aller Tagungen stand das Thema des Kommunismus.

In fast jedem Bericht über die Arbeit der Kommunistenhege. Erst in dieser Linie kam die Kardinalfrage, was getan werden kann, um die sich in einer schweren Krise befindlichen Konsumvereine zu retten und „wiederaufzubauen“. Die Bürokratie kam über Wege organisatorischer Maßnahmen der Bewegung natürlich keineswegs hinaus, trotzdem die Kommunisten zeigten, daß es eine Unmöglichkeit ist, die Konsumvereine im Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln „wiederaufzubauen“ zu wollen. Von ihnen wurde in den Mittelpunkt gerückt, der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus, den die Konsumvereine mitführen müssen. Zu diesen wirtschaftsbestimmten Aufgaben der Konsumvereine wurde eine Resolution eingebracht, in der es u. a. heißt:

Die Ausbeutung und Verelendung der arbeitenden Massen bedeutet notwendig auch den Zusammenbruch der Konsumgenossenschaften und ihre Rüstlosigkeit gegenüber dem Bankrott. Die Konsumgenossenschaften können sich nicht fortentwickeln, ja nicht einmal erhalten auf dem Boden des heute bankrotten Kapitalismus. Sie müssen mit aller Kraft an dem Kampfe zur Bekämpfung des Sozialismus teilnehmen.

1. Im Falle von Ausnahmefällen, Streiks, Arbeitslosigkeit usw. übernehmen die Konsumvereine

- a) direkte Lebensmittelunterstützungen (Brot-Verteilung usw.)
- b) Kreditierung von Lebensmittel.
- c) Auslieferung von kommunalen und anderen Unterhaltungen durch den genossenschaftlichen Apparat.
- d) Einrichtung genossenschaftlicher Zerstreuungen.
- e) Selbst- und Warenverkauf in den Konsumläden.
- f) Unterbringung von Kindern außerhalb des Wohngebietes.
- g) Veranstaltung von Sammlungen von Landesprodukten auf dem Lande, deren Erlöse zur Verteilung mit dem Ziele der dauernden Ausübung erwerbsfähiger Tätigkeiten zu den Organisationsarbeiten der wirtschaftlichen Landarbeit.

2. Jeder Konsumverein hat einen dauernden Unterstützungsband zu errichten.

- a) Die nächste Veranlassung jedes Vereins besteht in der Gründung eines Unterstützungsbandes und überweist einen Betrag in der Höhe, der seiner landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.
- b) Die Mitglieder werden in der Generalversammlung aufgefordert, die Mittel zum Unterstützungsband zu überreichen.

3. Der Zentralverband und die Reichsverbände Konsumgenossenschaft (siehe Hamburg) sind verpflichtet, einen zentralen Unterstützungsband zu gründen und in der Genossenschafts- und gesamten Arbeiterbewegung dafür Propaganda zu treiben.

4. Die Zentralverbandsleitung hat sofort an den Internationalen Genossenschaftsbund (Genbund) heranzutreten, damit dieser die ihm angebotenen nationalem Verbände unterstützenden Sammlungen für die Unterstützungsbande der deutschen Konsumvereine einrichtet, und eine rege Verbindung zur Unterstützung des deutschen Proletariats und anderer gegen die Verelendung und Ausbeutung Deutschlands zu treiben.

Nur wenn die Genossenschaftsbewegung nach diesen Grundsätzen und Anweisungen arbeitet, ist sie imstande, die gesamte Arbeiterbewegung zu führen und an ihrem Ende die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Bekämpfung des Sozialismus. Wer dadurch seine Tätigkeit vorzeitig aufhört, verläßt die Bewegung.

Nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die gesamte Arbeiterbewegung ihrer Konsumvereine ist bedroht. Die Bürokratie überhand nimmt zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Wer dadurch seine Tätigkeit vorzeitig aufhört, verläßt die Bewegung.

Nach der Frage der Stammbücher

Internationaler Genossenschaftsbund der Arbeiterbewegung. Die eine Beschränkung des internationalen Stammbuches ablehnen kann sie in „Reinheitsgrad“ liegen, da für den Aufbau des Stammbuches nicht betonen wurde, wurde die einseitige Unterwerfung an die Bürokratie der Genossenschaftsbewegung. Es ist in der Bewegung der Arbeiterbewegung die Errichtung einer genossenschaftlichen Diktatur gegen die Bürokratie der Genossenschaftsbewegung. Es ist in der Bewegung der Arbeiterbewegung die Errichtung einer genossenschaftlichen Diktatur gegen die Bürokratie der Genossenschaftsbewegung.

Ebenfalls abgelehnt wurde auch eine

Stammbuch für Sowjetrußland. Die gegen die Beschränkung des Stammbuches in der Bewegung der Arbeiterbewegung die Errichtung einer genossenschaftlichen Diktatur gegen die Bürokratie der Genossenschaftsbewegung.

Natürlich wurden auch alle gestellten Anträge der Kommunisten zur Frage

der Mitbestimmung der Mitglieder, die verlangten, daß die Mitglieder selber auf die Tagungen delegiert werden können und ihre Delegierten in Versammlungen wählen, daß sich die Vorstandsmitglieder jährlich in den Generalversammlungen zur Wahl stellen sollen usw. aber ohne Abwägung der Diskussionen und Vergewaltigungen in jeder Beziehung.

Die Diskussionsfreiheit war wie immer äußerst beschränkt. Trotzdem Kommunisten rechtzeitig und in genügender Anzahl eingetragen waren, gab es geheime und offensichtliche Schiebungen überall. Wenn man damit den Zweck nicht erreichte, ließ man die kommunistischen Redner ganz einfach nicht zu Ende reden, sondern schrie sie nieder. So wurde es in Heilbronn unmöglich gemacht, vom Konsumverein Meiningen jahresgemäß eingereichte Anträge zu begründen, weil man den Genossen Fischer nicht zu Ende reden ließ, sondern niederstieß.

Aber alle diese Methoden vermochten es nicht zu verhindern, daß auf fast allen Genossenschaftstagen das kommunistische Problem im Mittelpunkt stand. Wie „einflusslos“ und „unbedeutend“ die Kommunisten waren, ist daraus am besten zu ersehen.

Die Spaltung der Genossenschaftsbewegung wurde von jedem Reformisten offen angedroht. In Holzminde hatte man bereits einen Punkt „Ausschluss von Genossenschaften“ auf die Tagesordnung gesetzt, wozu dann der Sekretär erklärte, es handelte sich nur um ein Versehen und müsse heißen: „Ausschluss einer Genossenschaft“, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Es ist natürlich ganz offensichtlich, daß der Bürokratie nur noch die notwendige Kontige fehlt, um die

## Konsumvereinsmitglieder!

Habt ihr bereits durch den Konsumverein Delegierte zum

## Arbeiter-Kongreß

gewählt und angemeldet?

Einheit der Bewegung bereits auf den Unterverbandstagen zu erreichen. Am offensichtlichsten wurde darüber in Holzminde geredet, wo der Vertreter des Hamburger Zentralverbandes Bästlein erklärte, daß man sich nicht länger von den Kommunisten, die höchstens 1/4 der 34 Millionen Mitgliederfamilien darstellten, terrorisieren ließe, sondern sich in Ulm ein „Ermächtigungsgeleß“ geben lassen wolle, worin man die Vereine zum letzten Male verwarnen und wer sich nicht daran halte, werde dann herausgeschmissen. Den kommunistischen Wahnsinn wane man nicht länger mehr mitmachen. Und als der Konsumverein Halle eintrat, den Genossenschaftstag kommenden Jahr in Halle stattfinden zu lassen, erklärte der Vorsitzende, daß man ja noch gar nicht wisse, ob Halle nächstes Jahr noch Mitglied des Verbandes sein werde.

Man forderte vielmehr auf, daß die Kommunisten doch selber aus dem Zentrum herausgehen sollten.

damit die Instanzen nicht erst die Erlaubnis zu vollziehen brauchen.

## Genossenschaftstag Ulm.

Zu dem vom 21. bis 23. Juni d. J. in Ulm stattfindenden Genossenschaftstag wird die Bürokratie ihre Absichten durchzusetzen versuchen, denn gleich als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: Die Geschäftsordnung des Genossenschaftstages, worüber der jahrelange Strohmann Kanjmann redet und wo man die Absicht des Genossenschaftstages 1923 in Göttingen durchzuführen gedenkt, die Opposition noch vollkommen zu vergeblich zu versuchen. Als Hauptredner folgt auch: „Der Währungsbruch der Genossenschaften durch die Kommunisten“, wozu der kommunistische Reich der Ausgewählte ist.

In Ulm wird es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der Bürokratie kommen. Denn um ihre Herrschaft und Unantastbarkeit aufrechtzuerhalten, schreit die Bürokratie natürlich selbst nicht davor zurück, die

## Einheit und Geschlossenheit der Bewegung

zu zerstören. Die Situation ist deshalb außerordentlich ernst und die Gefahr sehr groß. Mit allen Mitteln muß die Masse gegen die Bürokratie mobilisiert werden, damit der Aufschlag auf die Bewegung abgewehrt werden kann. Die Mitglieder müssen sich überlegen, ob sie zulassen wollen, daß die in mühseliger Kleinarbeit aufgebauete Konsumgenossenschaftsbewegung zerstört werden soll, nur weil die Instanzen nicht wollen, daß aus den Konsumvereinen wirkliche Kampfzellen im Kampf um Befreiung des Proletariats werden.

Gegen diese Bürokratie kann es nur eines geben:

Reißt sie zur Rechenschaft!

Sagt sie sich einen Willen, als den Träger der Konsumvereine, nicht, dann: zum Teufel mit ihr.

## Hamburg verlangt auch Ausschluß der Kommunisten aus dem IGB.

Die Konsumgenossenschaftliche „Rundschau“, das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, ist eine derjenigen Zeitungen von Arbeiterorganisationen, die an antihörschweizerischer Seite die größten Leistungen vorbringen. Es kommt fast keine Nummer heraus, wo nicht ein drei- bis vierseitiger sozialistischer Artikel sich mit den Kommunisten beschäftigt und von Herr Kanjmann aus allen Ecken Zitate der Kommunisten zusammenträgt. Reformistischer Genossenschaftler sind selber der Meinung, daß wenn diese Kommunistenhege nicht jede Nummer der „Rundschau“ zerstört, sie zu lesen überhört keinen Sinn habe, denn auf den übrigen Seiten gibt

Kanjmann größtenteils Zitate aus einem Land nach dem anderen wieder; etwas selber zu schreiben, reicht es nicht zu.

Ausgerechnet die Hamburger Genossenschaftsbürokratie, die in bezug auf die internationale Genossenschaftspolitik in den letzten Monaten eine Sabotierung der Beschlüsse des IGB durchführte, ist es die jetzt im Internationalen Genossenschaftsbund mit einer erneuten kommunistischen beginnt. Bereits auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Basel waren es die deutschen Zentralinstanzen, die Widerspruch gegen die Aufnahme des russischen Genossenschaftsverbandes in den IGB erhoben und die dann im Laufe der Zeit diese antihörschweizerische Politik fortsetzten. So lebte es Heinrich Kaufmann im Frühjahr 1922 ab, an einer von dem IGB bestimmten Studienkommission nach Sowjetrußland teilzunehmen, (die dann ohne Kaufmann ging und über ihre Ergebnisse sehr gute Berichte veröffentlicht hat), da er nicht „Gast der Sowjetregierung oder des Zentrososjus sein wollte“. Auf dem Genossenschaftstag 1923 in Götting erklärte dann schon Kaufmann, daß er im IGB die Frage erneut aufrollen werde, ob der russische Genossenschaftsverband noch länger Mitglied im IGB sein könne, da er mit den Kapitalisten der ganzen Welt „hure“ und das „zerstöre“, was die Reformisten aufbauten. Nach Götting hatte man natürlich bereits keine russischen Vertreter eingeladen, ebenfalls nicht zum diesjährigen Genossenschaftstag nach Ulm.

Jetzt scheint Hamburg der Zeitpunkt gekommen zu sein, um im IGB die verstärkte kommunistische Bewegung zu beginnen. In der „Rundschau“ vom 14. Juni schreibt Kanjmann, nach dem er sich bisher fast nur mit den deutschen Kommunisten beschäftigt hatte, u. a.:

„Die nicht-russischen Genossenschaftler haben alle Ursache, kritisch zu beobachten, was in Moskau und durch Moskau vor sich geht. Der internationale Genossenschaftskongreß in Basel hat gegen den Beschluß der internationalen Genossenschaftsinstanzen und trotz des Widerspruchs namentlich der deutschen, schwedischen und französischen Genossenschaftler die Aufnahme der sowjetrussischen Genossenschaftler in den Internationalen Gewerkschaftsbund beschlossen.“

Das geschah, obwohl die sowjetrussischen Genossenschaftler bis auf den heutigen Tag nicht die elementaren Voraussetzungen der Bundesorganisation erfüllen und obwohl ihre Vertreter den Bund und seine Angehörigen planmäßig und rücksichtslos in der verabschiedeten Weise bekämpfen und seine Grundlagen zu unterminieren suchen.

Die Russen sind völlig zu Unrecht Mitglied des Internationalen Genossenschaftsbundes; die Zulassung ist von ihnen unter Verschweigung wesentlicher Tatsachen erschlichen und ihnen unter ganz falschen Voraussetzungen gewährt worden.

Daß sie auch aus einfachen gesellschaftlichen Gründen nicht hineingehören, beweisen sie durch ihr regelhaftes Benehmen.

Der Internationale Genossenschaftsbund hat sich andere Gäste aufgeladen. Schon räteln sie sich auf allen Sesseln und Stühlen ungeniert in die Stuben; vielleicht gehen sie bald nach radikaler Art auch in die Betten. Das „Informations-Bulletin“ meint, der Internationale Genossenschaftsbund sei voller Konfliktstoffe. Ein Körnchen Wahrheit unter dem Haufen Schmutz! Allerdings — in vielen Ländern sind recht starke Bedenken laut geworden, ob der Internationale Genossenschaftsbund in seiner heutigen Zusammensetzung eine Stätte sei, an der man als wirklicher Genossenschaftler noch lange weilen könne. Das ist das Wert Moskaus! Wie überall, so wird sich auch im Internationalen Genossenschaftsbund Moskau als Sprengpulver erweisen, wenn man sich nicht rechtzeitig darauf besinnt, daß der Internationale Genossenschaftsbund genossenschaftlichen, nicht parteipolitischen Zwecken dienen soll, und wenn man nicht entsprechende Maßnahmen trifft. Als wirtschaftliche Organisation muß auch der Internationale Genossenschaftsbund um seiner weiteren Existenz willen nach dem Grundsatze handeln, daß er Raum nur für solche Mitglieder hat, die seine Satzungen anerkennen und nach ihnen handeln, und daß jeder, der das Gegenteil tut, die Art von draußen zuzumachen hat. Verärgert er das, so beschwört er die Götter seines Zerfalls heraus!

Wir haben heute einige Zitate wiedergegeben, um die andauernd gegen die Kommunisten gerichteten Dredspitzer einmal zu zeigen. Was Hamburg will, ist also der

## Herauschnitt des „Zentrososjus“ aus dem IGB.

Sie verschüppeln also Luft, ihre nationale Politik auch auf den IGB anzuwenden, wo sie bisher in den letzten Monaten weiter nichts taten, als dessen Veranstaltungen zu sabotieren.

Aber hier haben sie noch weniger Erfolg als in Deutschland; denn bereits auf den letzten Tagungen des IGB, so in Prag, dürften sie belehrt worden sein, daß die übrigen internationalen Genossenschaftler keineswegs der Meinung sind, die antihörschweizerische Politik nach dem Muster der deutschen Zentralinstanzen zu unterstützen.

## Internationaler genossenschaftlicher Propagandatag am 5. Juli 1924.

Am 5. Juli 1924 findet der zweite internationale genossenschaftliche Propagandatag des Internationalen Genossenschaftsbundes statt. Bereits im vergangenen Jahr, am 7. Juli 1923, haben die deutschen genossenschaftlichen Zentralinstanzen den Beschluß des IGB zur Veranstaltung dieses Propagandatages offen sabotiert oder die Bedeutung des Tages bis zu gefährlichen Maßes herabgesetzt in den Zeitungen herabgewürdigt.

Auch dieses Jahr machen die Hamburger Zentralinstanzen keinerlei Anstalten zur wirklichen Abhaltung des internationalen Propagandatages. Von den sonst sehr schnell zur Hand habenden Bekanntheitsmaschinen, wenn es sich darum handelt, gegen Veranstaltungen der Kommunisten etwas zu tun, ist jetzt nichts zu merken, trotzdem in den verschiedenen Ländern die Vorbereitungen in vollem Gange sind. So forderte der Verband Schweizer Konsumvereine bereits im März seine Vereine auf, große Versammlungen, Werbeauszüge, Warenausstellungen usw. zu veranstalten.

In Deutschland ist es Aufgabe der kommunistischen Opposition, die örtlichen Konsumvereinsverwaltungen zu zwingen, ebensolche Veranstaltungen zu treffen. Insbesondere müssen alle unter kommunistischer Leitung stehenden Vereine große Versammlungen gemeinsam mit den Gewerkschaften und Parteien sowie Werbeauszüge veranstalten.

# Die ober-schlesischen Frauen im Streit.

Nieder, mit den Fäusteln (Streikbrecher). — ... das alles sind Zwischenschritte, die nicht von geschulten, sondern von einfachen, zum erstenmal im Massenkampf stehenden Arbeiterfrauen gemacht wurden.

Es waren an die 25—30 000 Frauen, welche in Oberschlesien Tag für Tag in den Versammlungen waren, sich geistiges Nützliches zu holen und dann in den Kampf zogen. Sie lauter den Streikbrechern auf und verdrohen sie gottserbärmlich, nahmen ihnen die Kaffeefläschen und Brote weg und zerstampften alles im Straßenschmutz. Um die streikenden Gruben und Hütten zogen Männer und Frauen regelrechte Ketten und unterführten alle, die die Kette passierten. Wehe der Frau, in deren Marktlasche sich ein Löffel mit Essen befand. Er lag ihr selbst Moment ausgeliefert auf dem Pflaster und dann folgte es Keile. Streikbrecher, welche auf Fahrrädern mit größter Geschwindigkeit durchschlüpfen wollten, sie wurden von den Frauen zu Fall gebracht, erbarmungslos verprügelt und mußten ohne Rad das Weite suchen, froh ihr Leben mitnehmen zu dürfen.

In zwei oder drei Betrieben, wo Christen und Sozialdemokraten noch Anhang hatten, erklärten die Frauen zu Hunderten einen regelrechten Belagerungszustand, wichen und wankten nicht, als die Schupo anrückte, bewaffneten sich mit Knütteln und Schläuchen und gerieten in tatsächliche Kämpfe mit den brutalen Schupisten, aber sie ruhten nicht eher, bis die Betriebe stillgelegt waren. Die Schupo war sich zum Teil ihrer schmählichen Kampfweise bewußt. Der Polizeipräsident wagt ein Sozialdemokrat und keine Partei verlor den letzten Kredit bei allen Arbeitern und Frauen. Die öffentliche Meinung war gegen die brutale Grausamkeit des Polizeiparates. Die Frauen schlugen auf allen Versammlungen, in allen Geschäften, in allen Häusern Lärm und zeigten ihre Axtstrichen fast drastisch. Am nächsten Tage waren an allen Hydranten die Wasserhähne besetzt. Man wollte gegen die „rebellischen Fürsten“ mit einer „Kalkwasserbehandlung“ vorgehen. Aber es war zu spät. Kein Streikbrecher wagte sich noch in die Arbeit.

Von früh um 4 Uhr bis nachts 2 Uhr lösten sich die Posten der Frauen ab, wurden geprügelt, bestraft, aber der Generalstreik stand auf der Höhe.

Am mehr als einem Ort formierten sich die Frauenversammlungen zu Demonstrationen. Trotz Belagerungszustand demonstrierten sie durch die Stadt, entwaffneten und verprügelten die Schupo, drangen in die Kommunalparlamente, erzwangen die Behandlung der kommunizistischen Unterstützungsanträge und zwangen die sich sträubenden Bürgermeister zu Verhandlungen über Aufhebung von beschlagnahmten Lebensmitteln.

So standen die geknechteten, geistig unterdrückten, jahrhundertlang irreführten und verfluchten Arbeiterfrauen des schlesischen Kampfgebietes im Streit und es ist keine Schande für die Männer, sondern die Erkenntnis drängt sich allmählich durch, ohne die Frauen ist die Arbeiterfront schwach, mit den Frauen vereint, wachsen die Kräfte der Arbeiterklasse um ein Vielfaches.

So arbeitet also die ober-schlesische Partei zielbewußt an der Mobilisierung, Aufklärung und Organisation einer der wichtigsten Keimzellen des proletarischen Klassenkampfes. Das Heer der Arbeiterfrauen wird in unsere Einheitsfront eingegliedert und wird zur Bürgschaft für unseren Sieg.

Der Generalstreik der Berg- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien ist beendet. Schamlos wurden die ober-schlesischen Arbeiter verraten und im Stich gelassen von den sozialdemokratischen, christlichen und polnischen Gewerkschaftsbürokraten des Ruhrgebietes.

Und doch bedeutet der letzte Kampf einen ungeheuren Schritt vorwärts. Die bisher brach gelegenen ungeheuren Kräfte der Arbeiterfrauen wurden entkesselt, die Frauen schlossen sich dem Kampfe an.

Die Frau erwacht aus Jahrtausende alter Aneignung und Passivität. Die ober-schlesischen Frauen, durch eine elende, jämmerliche Volksschulbildung arm an Wissen, unbeholfen im Denken, mit einem Sprachschab, der ein Gemisch von deutscher und polnischer Dialektsprache darstellt — diese Frauen, mit einem großen Gefühlslieben, reich an Liebe, grenzenlos im Vertrauen, aber ebenso groß im Haß — sie sind aufgewacht aus der Enge ihres fleischlichen Daseins und Fühlens, aus der Angst vor der Selbstverfügbarmkeit und der Dummheit ihrer schmutzigen, schwarzen Köpfe, für die der Name Wohnung nicht mehr gebraucht werden darf.

Zu Tausenden strömten sie zu der Streikversammlung, die für die Frauen an jedem zweiten Tage veranstaltet wurden. In Hindenburg, Gleiwitz, Beuthen waren die kleinsten Versammlungen von 1000 Frauen besucht, doch waren etwa 4000 Frauen in einer Versammlung keine Seltenheit. Die Breche war geschlagen, sie mühte durch Massenaufklärung der Frauen erweitert werden.

Die Frauen begriffen überraschend schnell, was der Achtstundentag für sie und ihre Kinder bedeutet, was der Achtstundentag bedeutet für die ausgebeuteten Glieder der Männer und was der Achtstundentag und seine Verteidigung bedeutet für die Arbeitslosen und für die, welche heute noch arbeiten, aber morgen schon auf der Straße liegen werden. Die ober-schlesischen Frauen erfaßten vor allem durch die einfache Berücksichtigung von den Verhandlungen mit der Regierung und den Landräten und Bürgermeistern, daß der ganze Staatsapparat auf Seiten der Unternehmer steht und die streikenden Arbeiter bekämpft. Als noch die brutale Beschlagnahme der gesammelten Lebensmittel durch Schupo und Landhauer erfolgte, als die Schupo mit dem Gummiknüppel gegen die Frauen lospragelte, da konnte die Partei ihre Aufrührungskampagne unter den Frauen führen mit der einfachen Parole: Die Regierung (Zentrumsminister Brauns), der Reichstag, der Landrat, der Bürgermeister der sozialdemokratische Präsident und keine Schupo, die Kriminalpolizei — der ganze bürgerliche kapitalistische Staat mit allen Parteien ist nur ein Werkzeug der Kapitalistenklasse und muß von der Arbeiterklasse bekämpft werden. Wenn die Pfaffen sich dem entgegenstellen, gegen den Streit gehen, und die Frauen einhalten wollen, da passierte es, daß die Heiligkeit verblehte und der mühsam erkundene, von den letzten Pfennigen mit Milch gefüllte Topf wurde dem Pfaffen auf den Schädel gegossen, die Begleitworte waren nicht sehr liebevoll und höflich.

So war die Stimmung der Frauen. Auf den Versammlungen war die allgemeine Parole gerade der Frauen: Durchhalten! Durchhalten bis zum Siege! Lieber Gras aus dem Walde fressen, als in die Arbeit gehen! Lieber im Kampf mit der Schupo sterben, als zu Hause mitsamt ihren Kindern langsam aber sicher zu verhungern! Nieder mit der Schupo!

Wochen Gefängnis und daß die gleiche Zeit in Untersuchung. Die Reichstatterin der „B.“ war in jener Versammlung anwesend, die Redaktion aber unterlag dem Bericht. Auch über die Verhandlungen des Genossen S. Molska — in der fest-gestellt wurde, daß dieser Genosse 6 Wochen unzulässig in Untersuchungshaft gehalten —, in der Herr Kleibömer und die Staatsanwaltschaft eine vernichtende Niederlage erlitten, berichtete die „Volkswacht“ nicht eine Zeile.

Drei Redakteure der Arbeiterzeitung befinden sich noch in Untersuchungshaft, und zwar die Genossen Gilderman, Biernald und Gläfer. Auch über die Verhaftung dieser Genossen hat die „Volkswacht“ nichts berichtet. Darin liegt ein System. Würde die „Volkswacht“ nicht ihren Befehl von dem Nachschub der Gewalttäter durch die Klassenjustiz kennzeichnen, dann würde dies mandem sozialdemokratischen Arbeiter, der in der „Volkswacht“ nur davon liest, daß die Kommunisten nur die BVP bekämpfen, und die Liebhaber der Reaktion sind, doch Anlaß zum Nachdenken geben. Er würde sich schließlich die Frage vorlegen, welche Zeitung dem Klassenstaat gefährlicher ist.

Die „Volkswacht“, die in den letzten zehn Jahren sechs Wochen Gefängnis erlitten, oder die „Schlesische Arbeiterzeitung“, die zurzeit drei Redakteure in Gefängnis hat und von 1923—1924 13 Monate und 6 Wochen Gefängnis erhalten hat.

Kennzeichnend für die typische Gefinnungslumperei der „Volkswacht“ ist die Tatsache, daß sie über die Verhandlung gegen S. Molska nicht berichtet, weil Herr Kleibömer darum gebeten hat. Sie ist diesem Wink Kleibömers ebenso gehorlich gefolgt, wie die gesamte bürgerliche Presse.

## Ein Gittler-Blatt in Breslau.

Kein Gittlerblatt, nein, tatsächlich ein Gittlerblatt ist in Breslau gegründet worden, es nennt sich „Die Revue“, „Hefredakteur“ ist der frühere, langjährige verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“, Herr Hans Gathmann, der seit Gründung der Republikanischen Partei Vorstandsmitglied derselben ist.

Herr Gathmann ist recht vielseitig, er vertritt neben den Interessen der Republikanischen Partei noch die Interessen der Sozialdemokratie — bei der er angestellt ist. Das ist recht verständlich, denn Alfred Gittler ist für Herrn Gathmann sicherlich ein immer noch dankbares Objekt als die sogenannte Republik.

Was ist bei Alfred Gittler los? Das ist der Hauptartikel der ersten Nummer der „Revue“, aus dem die Gittleraner erfahren, daß das Geschäft der Firma Gittler momentan ein bißchen mau ist und trotzdem aber keine Gefahr droht.

Herr Gittler — versichert Herr Gathmann — gehört nicht zu den Neureichen, obwohl er der reichste Mann der Stadt ist, eigene Brauereien, ein Schloß und einen Rennstall besitzt. Im Gegenteil, Herr Gittler ist recht wohlhabend, versichert Herr Gathmann!

Der übrige Inhalt der vorliegenden Nummer ist recht dürftig. Herr Jakob untersucht, ob die Sozialdemokratie stirbt, obwohl sie längst ein stürzender Zeitnam ist, und der Reichstagsabgeordnete P. O. n. s. l. y. Mitglied der SPD, jammert dann über die Zunahme der staatsfeindlichen Stimmen in Oberschlesien, verlangt, daß man aus den Fehlern lerne und für Reformen sorgen soll. Abgesehen von einigen guten Bildern von Groß bietet das Blatt nichts.

Aus der Arbeiterzeitung dürfte das Blatt sicherlich auf keinen Zufall zu rechnen haben. Herr Gittler wird recht tief in denbeutel greifen müssen, um dieses Blatt zu erhalten.

## Arbeiter in allen Betrieben!

Sammelt unermüdet für die politischen Gefangenen und unterstützt durch Geld, Wort und Presse die Aktionen der „Roten Hilfe“.

## Aus der Provinz.

Weißfleiß. Gemeindevorstellung. Am 17. Juni fand hier eine außerordentliche Gemeindevorstellung statt, die sich mit der Neuwahl des Gemeindevorstandes beschäftigte. Einleitend wurden die Verordnungen Weiß (SPD) und Thomas (SPD) als Gemeindevorsteher für die insoweit Bestätigung als Schöffen ausstehenden Vertreter Welzel und Scholz eingeleitet. Bei der nun folgenden Wahl wurde der besetzte Schöffe Hertwig mit den neun Stimmen seiner Genossen gewählt. Die acht Bürgerlichen gaben, ebenso wie unsere drei anwesenden Vertreter (Genosse Homlich war in Drosden zum Verbands-tage weiche Kette ab. Diese Tatsache gab dem Berichterstatter der SPD-Fraktion Veranlassung zu einem Beschäftigungsnachweis seiner Tüchtigkeit in einem „Bergwacht“-Bericht. Zunächst wird in fetten Buchstaben zum Ausdruck gebracht, daß der Schöffe Hertwig nun für 12 Jahre gefesselt ist. Dersperre gedruckt folgt, daß Bürgerliche und Kommunisten gemeinsam in der vorigen Sitzung versprochen hätten, für den Schöffen Hertwig zu stimmen. Wahr ist, daß ein Vertreter von uns erklärte, daß wir weder zu einem Bürgerlichen noch zu einem Sozialdemokraten das Vertrauen haben können, daß er für die Arbeiterklasse bessere Verhältnisse schaffen wird. Andererseits haben wir aber auch kein Interesse daran, die Bürgerlichen hier aufkommen zu lassen. Deshalb haben wir Hertwigs Wahl begünstigt durch Ablehnung der Ausschreibung dieser Stelle. Damit ist aber nicht gelagt (und das mühte jedem einigermaßen politisch geschulten Arbeiter, geschweige denn einem Lehrer (P. klar sein), daß wir einem Genossen der Schöf, Zimmer, Richter, Swering, Ebert und wie die Bekämpfer unserer Partei alle heißen mögen, Vertrauen entgegenbringen. Ein Schulbeispiel dafür, wie gerade die SPD, die Bürgerlichen begünstigt, wo tatsächlich die Arbeiterinteressen auf dem Spiele stehen, wurde durch den neuen Gemeindevorsteher gleich in der anschließenden Vorstandssitzung gegeben. Bei Befragung der so wichtigen Schulkommission hieß es, 2 Mitglieder stellt die SPD, und das dritte wurde den Bürgerlichen und nicht etwa unseren Genossen angeboten, wo erstere ohnedies zwei Pfaffen und die Berufung ihrer Genossen dürfte wohl manchem SPD-Wähler ein Schulbeispiel drin liegen haben. Bei Bekanntwerden dieser Halbescheide übersehen, wie man die weltliche Schule an der Wand bricht. Wenn am Schluß des Berichtes Herr Hertwig besonders darauf hingewiesen wird, daß er nur von seinen Genossen gewählt worden sei und er sich auch danach einstellen soll, so sehen wir dieser Kampfanzeige getroßt entgegen. Dann wird sich Gelegenheit bieten, zu zeigen, ob die „Auch-Arbeiter“ der Sozialdemokratischen Fraktion lieber mit uns Arbeiterpolitik oder nach ihrem hohen Vorbilde Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen machen wollen.

Wilm. Jagdfliegenrummel. Die Dragonerstadt ist von jeder an etwas militärische Musik gewöhnt, und so wurde auch der Rummel am Sonntag zu einem richtigen Festtag erster Ordnung. Die Jungdo machte Bannernweife. Ganz Nebenbrachte von Birken, Erlen und Farnenschnud. Die Reichwehrr hatte alle Hände voll zu tun, um das nötige Grün herbeizuschaffen. Am 1 1/2 Uhr ging der Rummel los. Landwehr, Krieger-, Mämerturnvereine, Schützengilde, Stahlhelm, Werwolf, Polizei in Extra-Uniform und Schato und wie sie alle heißen, beteiligten sich. Der Haupttrupp bildeten mehrere Orchester und Kinder. Bis in die Nacht dauerte das Gejohle (Novemberhunde, Psi, Judentrepublik, Scheidemann kommt auch noch dran usw.). Glänzend war die Parade (Wachtrüber mit dem Spazierstock), wobei ein Deutschländer in Ohnmacht fiel und abtransportiert werden mußte. Das Traurigste bei diesem Kapitel war, daß auch Arbeiter sich an einem solchen Rummel beteiligten.

Langwallerstorf. Gemeindevorstellung. Die Sitzung am 15. Juni beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Wahl der verschiedenen Funktionäre, Gemeindevorsteher, Schöffen usw. wurde einstimmig wiedergewählt.

Der Haushaltsvoranschlag soll mit Entnahmen und Ausgaben ein Gleichgewicht gebracht werden. Die Vorlage über die Fortbildungsschule wurde zurückgestellt, ebenso die Lustbarkeitsfeier. In der ganzen Sitzung kam das harmonische Zusammenarbeiten von SPD und Bürgerlichen schon ganz schön zum Ausdruck. Den Wählern ist zu empfehlen, die Sitzungen zu besuchen, damit sie sehen, was gespielt wird.

## Beschlüsse der Gemeindevorstellung Dobrod.

Eine Gend. und Viehweidestraße.

Auf Antrag der kommunizistischen Fraktion wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Gemeindevorstellung beschließt, die Gendarmenstraße in Viehweidestraße und die Bergwerkstraße in Gendarmenstraße umzubenennen. Der Gemeindevorsteher erklärt, daß die Umbenennung dieser Straßen Sache der Staatspolizei sei und nicht zur Zuständigkeit der Gemeindevorstellung gehöre, wird beschlossen, den Gemeindevorsteher zu beauftragen, diesen Bescheid den zuständigen Regierungsstellen vorzulegen.

Der Gemeindevorsteher wird beauftragt, bei dem Grafen Schalkowsky Werke O. m. b. H. und allen zuständigen Reglerungsstellen energische Schritte wegen Bereitstellung eines genügend großen Spiel- und Sportplatzes für die Ortschaft Dobrod zu unternehmen.

Die Gemeindevorstellung beschließt, für die Gemeindevorstellung ein Fraktionszimmer anzufordern und zwar im Gemeindevorsteherhaus oder anderwärts.

Die Gemeindevorstellung beauftragt den Gemeindevorstand, in eine schleunige Prüfung der Bedürftigkeit der verheirateten Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger in bezug auf Bedarf an Kohlen und den notwendigen Kleidungsstücken einzutreten und diese, wo notwendig, im Wege der Armenfürsorge zu beschaffen und an die Bedürftigen zu verteilen.

Die Gemeindevorstellung nimmt Kenntnis von dem Antrage der Kommunistischen Jugend und beauftragt den Gemeindevorstand, das Notwendige zu veranlassen.

Zur Vollziehung des Protokolls werden neben dem Schöffen Schoritz die Herren Wolzilla und Wirsing bestimmt.

Vor Abschluß des Protokolls beschließt die Gemeindevorstellung auf Antrag der kommunizistischen Fraktion, den Bauinspektor Petzel zwangsweise zu pensionieren, trotzdem der Gemeindevorsteher darauf hinweist, daß der Genannte erst 40 Jahre alt und noch voll arbeitsfähig ist. Der Gemeindevorsteher erklärt, daß er diesen Beschluß gemäß § 140 S. 2. Absatz 1. anstands und teilt der Gemeindevorstellung gleichmäßig mit, daß gegen diese Beschlüsse keine Berufung eingelegt werden kann. Die Gemeindevorstellung beschließt ferner, als Hauptplatz für Badehaus und die Turnhalle den Teil des Marktplatzes in Aussicht zu nehmen, welcher von der Lazarettstraße und der alten Schule begrenzt wird.

Das Schreiben der Kommunistischen Jugend hat folgenden Wortlaut:

Unsere Gemeinde scheint, wie früher, so auch jetzt noch kein Interesse an den sportlichen Bedürfnissen der Arbeiter zu haben.

## Breslau.

### Die nächste Stadtverordnetenversammlung

Am Donnerstag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Antrag auf Uebernahme von Büroangestellten der Großschloß-Strassenbahn. Außerdem kommt der kommunizistische Antrag auf Aufhebung der Zwangsarbeit (Pflichtarbeit) der Erwerbslosen zur Beratung.

Die Erwerbslosen, die seit Jahr und Tag bisher vergeblich die Aufhebung der Pflichtarbeit, deren Einführung die Sozialdemokraten mitverschuldet haben, fordern, müssen auf der Tribüne der Stadtverordnetenversammlung erscheinen, um ihren Forderungen dadurch Nachdruck zu verleihen.

Ferner wird die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Unser Vertreter, der durch sozialdemokratischen Schlußantrag in der letzten Sitzung nicht zum Wort kam, wird zum Stat grundsätzlich Stellung nehmen, den bürgerlichen Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen und die ständige Unzulänglichkeit und Verlogenheit der wiedereraufstandenen sozialdemokratischen „Opposition“ gehehen.

### Sie ernten, was sie säen.

„Volkswacht“ berichtet: Wegen angeblichen Religionsbegriffens, verurteilt durch einen der „Volkswacht“ für die Kreise Oels, Groß-Marienberg und Namslau unter der Ueberschrift „Unser täglich Brot gib uns heute“ am 5. Dezember 1923 veröffentlichten Artikel, wurde der Verantwortliche unseres Blattes, Genosse Zimmer, vom Schöffengericht Breslau zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in Anbetracht der Schwere des Falls 4 Monate beantragt.

Es ist kein 10 Jahren das erste Mal, daß ein Volkswachtredakteur wieder zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird. Dieses Urteil zeigt, daß die Sozialdemokratie, die von der Bourgeoisie zehn Jahre als nützlicher Dackel bewertet wurde, heute den verdienten Fußtritt von den Gewalttätigen erhält, und das erntet, was sie gesät hat. Herr Zimmer wurde von dem Einzelrichter verurteilt. Wer aber ernstliche die Befreiung der Schöffengerichte? Die BVP, was es, die durch Zustimmung zum Gemächigen des Herrn Gwanger die Möglichkeit gab, die Schöffengerichte zu befechtigen.

Wir Kommunisten wenden uns gegen die Klassenjustiz auch dann, wenn sie den Angehörigen einer Partei trifft, die verantwortlich für das Fortbestehen der Justizorgane ist. Das Urteil gegen Herrn Zimmer ist ein Ausfluß der in Breslau ganz besonders hiesenden Klassenjustiz.

Festgestellt aber muß werden, daß die Breslauer „Volkswacht“ als bildend hat gegen die Kommunisten alle Artikel der Breslauer Klassenjustiz gegen Breslauer Kommunisten entweder glatt untergeschoben oder ohne Kommentar wiedergegeben hat.

Wir erinnern nur an folgende Fälle: Genosse Janz erhielt wegen Schilberung von Mischänden am Breslauer Untersuchungsgefängnis vier Monate Gefängnis. Genosse Sombrowski erhielt wegen Bergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik 4 Monate Gefängnis und wegen Beschimpfung von Gittler, der katholischen Kirche ebenfalls 4 Monate Gefängnis. Ferner wurde er wegen Beleidigung eines Gendarmen mit 4 Wochen Gefängnis bestraft.

Genosse Fröhlich, Redakteur der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ erhielt wegen Beleidigung des Breslauer Polizeipräsidenten — begangen in einem Privatbrief, in dem er seinen Unwillen über die Instanzenzwangerei Ausdruck gab — drei

Die streckende Jugend zu haben. Bedenken können wir uns keine alle bei unseren gütigen Gemeindevätern, welche niemals was über die Jugend zum Wohl der proletarischen Jugend haben würde. Was die bürgerlichen Vereine betrifft, die haben's da keine, die Fonds überall geöffnet werden.

Wenn man sich auch gern dem Sport irgendwo widmen möchte, so geht's nicht, denn man wird verachtet wie ein Stück Mist.

Dennoch war es im Vereinshaushalt selbst, wo wir von dem neuen bürgerlichen Vereinshaushalt verläßt wurden.

Da wir nicht auf den Vereins-Spielplätzen gar keine Rechte ausüben können, würden wir mal unsere Gemeindeväter doch damit bitten, uns mal den Weg anzuzeigen, wo wir uns wenigstens einmal in der Woche dem Sport widmen könnten, da es die Bürgerlichen jeden Tag tun können.

Wo kann man heute den größten Teil der Bobreiter Jugend

sehen, als nur in den einzelnen Spielstätten und Lokals, wo die selbe langsam dem Siedtum entgegengeht, und so auch fürerlich als wie geistig darunter viel zu leiden hat.

Um diesen Uebel endlich ein Ende zu machen, stellt die A.D. an die Fraktion den Antrag, demselben auch im Gemeindevorstand zu vertreten, sich mit folgenden aufgeführten Punkten zu befassen bzw. zu deren sofortigen Durchführung.

1. Sofortige Schaffung eines Spielplatzes (über eventl. Berechnungen wie Größe und Ausbau Heranziehung des Vorstandes der A.D.).
2. Zur Hebung unserer Gesangs- sowie Musikstunden und der Bildungsabende ein unentgeltlich zur Verfügung stehendes Zimmer, entweder im bürgerlichen Lokal oder aber in irgendeinem Schulzimmer.

Die A.D. hofft, daß sämtliche Gemeindevorsteher von der Notwendigkeit der vorher angeführten Punkte überzeugt sind.

Billigste und äusserst reelle Bezugsquellen für



**Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren.**  
Spezialität:  
**Gelegenheitskäufe.**

Curt Jacobowitz, Gleiwitz, Wilhelmstraße 55  
N. Jacobowitz, Beuthen, Tarnowitzer Straße 11.  
Niederlage der Schweizer-Uhren-Industrie. — Gegründet 1906.

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau, Inzerate Max Schöcher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlessen e. G. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

**Verinmmlungs-Kalender.**  
Freitag, den 25. Juni, nachm. 3 Uhr, im „Lohn-Kassen“, Papierdruckerei, Zusammenkunft aller gewerkschaftlichen Genossen.

Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Sonne“ (Marillon) 1. Etage, Versammlung, wo auch die Verhandlungen über die Unbedingtes Erklären eines Beschlusses (in) in revolutionäre Richtung.

**Gewerkschaften**  
Freitag, den 25. Juni, nachm. 3 Uhr, im „Lohn-Kassen“, Papierdruckerei, Zusammenkunft aller gewerkschaftlichen Genossen.

**Wohnungstausch**  
Breslau-Kosel bei Breslau  
Zu tauschen meine 2-Zimmer-Wohnung nebst Küche, Bad, elektrisches Licht, Stallungen, Gartengarten, Grasnutzung, gegen 1- oder 2-Zimmer-Wohnung in Breslau (Zentrum oder Mikolajtor). Anfragen an die Expedition d. Blattes od. an Bellis, Leuthenstraße 78.

Die billigste Einkaufsquelle für die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt das  
**Zigarrenhaus Schwarz & Comp.**  
Hindenburg, Bahnhofstraße Nr. 4.  
Beachten Sie bitte die 3. Schaufenster.

**Kommunistische Stadtoberordnete u. Gemeindevorsteher**  
Ihr müßt unbedingt abonnieren:  
**„Die Kommune“**  
Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich  
Preis pro Exemplar 0.20 Mk.  
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau  
Trebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

**Achtung! Literaturobleute!**  
Soeben traf wieder ein das hochaktuelle Werk:  
**Vier Jahre politischer Mord**  
von E. J. Gumbel  
Profiziert / 150 Seiten  
Preis 1.00 Gldmk.  
Zu beziehen durch die  
**Produktiv-Genossenschaft**  
für die Provinz Schlessen e. G. m. b. H.  
Breslau, Trebnitzer Str. 50  
Abteilung Buchhandlung

**Ein Versuch**  
überzeugt Sie von der Güte und Preiswürdigkeit meiner allgemein bevorzugten  
**Rauchtabake**  
Täglich Anerkennungen  
Trotz Aufschlag liefert zu folgenden billigen Preisen:  
1a Kanakermischung das Pfund 1.60 Mk.  
1a Holl. Mischung „ „ 2. „  
1a Uebersee Gebräu „ „ 2.50 „  
Versand per Nachnahme  
Von 9 Pfund an franco!  
**H. Braun, Bruchsal (Baden)**

**Achtung!**  
**Rasieren, Haarschneiden**  
**Paul Volkmer**  
Dirschberg, Viehmarktstr. 14, 1. Stg.  
Bedienung unter Tagespreis.

Beachtet unsere Inserenten!

Einen neuen Leser, Genosse!

**Waldenburg-Altwasser**

**Bahnhofs-Drogerie**  
**H. HELLMANN**  
ALTWASSER  
DROGEN, FARBEN  
CHEMIKALIEN  
SEIFEN U. PARFUMERIEN

**Konfektionshaus**  
**Max Silbermann**  
Herren- und Knaben-  
Bekleidung

**Waldenburger**  
**Waffen- und Fahrradhaus**  
Maschinen-Reparatur-Werkstatt  
**Kolbe & Guder**  
Ober-Altwasser  
Charlottenbrunner Straße Nr. 152  
Telephon 741

**Photographie Kurt Mai**  
Rathausplatz 10  
empfiehlt sein Atelier zur Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen und Vergrößerungen

**KARL OTTO**  
Altwasser  
Charlottenbrunner Straße 53  
**Schuhwaren und Schnellbesohl-Anstalt**

**Paul Hiltman**  
Waldenburg-Altwasser, Charlottenbrunner Straße Nr. 164  
empfiehlt seine  
**Polster- und Lederwaren**  
Eigene Werkstatt

**P. Heinr. Sindermann**  
Altwasser  
Charlottenbrunner Straße 24  
**Weiß-, Woll- u. Schnittwaren**

**Kronen-Lichtspiele**  
Altwasser  
Stets das neue Schlagerprogramm

**Konditorei u. Café**  
**SCHOLZ**  
Waldenburg  
Am Vierhäuserplatz

**Papierhaus**  
**FRITZ GRUHN**  
Sandstraße Nr. 3

**Schuhwaren-Haus**  
**Pauline Bobrecker**  
Waldenburg  
Rathausplatz 3a, neben der AEG.

**Kolonialwaren, Zigarren u. Zigaretten**  
empfiehlt  
**Georg Sindermann**  
Altwasser, Breslauer Strasse 58

Beachtet unsere Inserenten!  
**Langenbielau**

**PAUL BRAUNER**  
Altwasser, Breslauer Straße 60  
empfiehlt für  
Oberhemden, Socken, Binder und sonstige Herrenartikel. Riesenauswahl in Randwaren, Damenwäsche, Strümpfe, Schürzen, Handarbeiten, sämtliche Strick- u. Nähgarne und anderes mehr

**Webwaren**  
Manufakturwaren  
Trikotagen u. Stoffe  
preiswert  
**Kuhn & Schilg**  
Ober-Langenbielau  
Am Marktplatz

**Gustav Kopke & Sohn**  
Mittelstraße 60  
**Lebensmittelhaus**

**Gasthaus**  
**Zur Eulengebirgsbahn**  
Oskar Schöbitz  
Ober-Langenbielau

Herren- und Damengarderobe, sämtliche Arbeitskleidung, Trikotagen, Gummimäntel für Herren und Damen zu billigsten Preisen  
**HEINRICH LUX**  
Ober-Langenbielau

**Fahrradhaus**  
Reparaturwerkstätte  
**HERMANN GOLZ**  
Ober-Langenbielau

**A. & S. Schmieder**  
Langenbielau-Reichenbacherstr. 15  
Inzerate, Amt Reichenbach Nr. 106

**Drogerie Gold-Becher**  
Filiale Eulen-Drogerie  
Ober-Langenbielau

**Willy Raupach**  
Koselstraße 61  
Zigarren, Zigaretten  
Tabake  
en gros en detail

**Wo?**  
Inseriert man am vorteilhaftesten

Die vorteilhafteste Bezugsquelle der werktätigen Bevölkerung

**Nur!**  
in der  
**„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“**

**Paul Wache**  
Mittelstraße 45  
Tabake, Zigarren  
Zigaretten  
en gros en detail